



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DIE KÜNFTIGE OSTEUPAPOLITIK RUSSLANDS INTERNATIONALE SELBSTDARSTELLUNG

■ KOMMENTAR		
Kein Konzert der Mächte über die Köpfe kleinerer Staaten hinweg		2
Karsten D. Voigt		
■ UMFRAGE		
Aktuelle russische Umfragen zur Lage in der Ukraine		5
Eine WZIOM-Umfrage zu Poroschenko		8
■ ANALYSE		
Fußball-Weltmeisterschaft in Russland 2018: bereits jetzt die teuerste aller Zeiten?		10
Martin Müller und Sven Daniel Wolfe, Zürich		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Statistiken zur Vorbereitung der WM 2018		13
■ ANALYSE		
»Something to believe in«		
Die Sprachenwahl in Russlands Beiträgen für den Eurovision Song Contest		15
Yvonne Pörzgen, Bremen		
■ TABELLEN ZUM TEXT		
Russlands Beiträge und Platzierungen bei den Eurovisions-Wettbewerben 1994–2014		18
■ UMFRAGE		
Nationale Identitätsstiftung in Russland		20
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
»Prajmeris«, Durchsuchungen und Hausarreste: In Moskau hat der Wahlkampf um die Stadtduma begonnen		22
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Gopniki		24
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
5. – 19. Juni 2014		26



Kein Konzert der Mächte über die Köpfe kleinerer Staaten hinweg

Karsten D. Voigt

Zusammenfassung

Eine stabile europäische Friedensordnung unter Einschluss Russlands bleibt das Ziel deutscher und europäischer Politik. Die gegenwärtige Sicherheitsordnung ist durch die russische Politik der letzten Monate in Frage gestellt. Ihre Grundsätze, die in zahlreichen bilateralen und multilateralen Vereinbarungen festgelegt waren, sind von der Führung Russlands verletzt worden. Die Politik Deutschlands wirkt auf eine kooperative Konfliktlösung und die Wiederherstellung der europäischen Friedensordnung hin. Diese muss sowohl russische Sicherheitsinteressen wie die der kleineren Nachbarstaaten Russlands berücksichtigen. Eine Missachtung deren grundlegender Interessen ist keine geeignete Grundlage für eine stabile Partnerschaft mit Russland. Eine deutsche Russlandpolitik über die Köpfe der westlichen Nachbarn Russlands und der östlichen Nachbarn Deutschlands hinweg würde alte Ängste wiederbeleben und Ursache neuer Spannungen werden. Im Interesse Europas und im Interesse guter deutsch-russischer Beziehungen ist zu hoffen, dass Russland seine Politik künftig wieder an den in den letzten Jahrzehnten vereinbarten europäischen Normen und Regeln orientiert.

Für eine gesamteuropäische Friedensordnung

Eine europäische Sicherheitsordnung unter Einschluss Russlands sollte weiterhin das Ziel bleiben. Moskaus Politik ist jedoch dafür verantwortlich, dass gegenwärtig Sicherheit vor Russland stärker gefragt ist, als Sicherheit mit Russland.

Der Westen im Allgemeinen und die Bundesregierung im Besonderen hätten sich in den vergangenen Jahren mehr um eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit Russland bemühen sollen. Dieses Versäumnis hatte Außenminister Steinmeier bei seinem Amtsantritt korrigieren wollen: In Anknüpfung an die von ihm entwickelte Modernisierungspartnerschaft plante er gleich zu Beginn seiner Amtszeit entsprechende Initiativen. Auch nach der Annexion der Krim bleibt das Streben nach Kooperation bestehen. Allerdings: Voraussetzung hierfür ist, dass Russland zur Achtung des Völkerrechts zurückkehrt und sich darüber hinaus wieder an den spezifischen Normen und Regeln orientiert, die in Europa seit dem Beginn der Entspannungspolitik vereinbart wurden. Diese Politik war erfolgreich: Sie hat über die Jahrzehnte hinweg zu einer in Europa einmaligen Vernetzung der wirtschaftlichen und politischen Interessen geführt.

Russland beschädigt die europäische Sicherheitsordnung

Die Verletzung der in zahlreichen bilateralen und multilateralen Vereinbarungen festgelegten Grundsätze durch Russland ist ein Angriff auf die Idee einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Russland untergräbt durch sein Verhalten die Konzepte und Argumente derjenigen, die in Europa ein Sicherheitssystem fördern wollen, das auf den Prinzipien gemeinsamer Sicherheit und denen des Völkerrechts basiert.

Die russische Führung versucht ihren Kurswechsel als Reaktion auf die Politik der USA zu legitimieren. Ob die russische Führung von dieser Begründung tatsächlich überzeugt ist und ob nicht vielmehr neben außenpolitischen auch innenpolitische Ursachen zu den Änderungen der russischen Politik beigetragen haben, wird strittig bleiben. Eindeutig aber ist: Die Verletzung der in zahlreichen bilateralen und multilateralen Vereinbarungen festgelegten Grundsätze durch Russland stellt einen Angriff auf die Idee einer gesamteuropäischen Friedensordnung dar.

Die russische Politik untergräbt die Argumente und Konzepte derjenigen, die in Europa bisher für eine kooperative Politik gegenüber Russland und eine enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Russland und dem übrigen Europa eintraten. Bestärkt fühlen sich hingegen diejenigen in Europa und den USA, die schon immer auf einem Vorrang der Ziele und Instrumente klassischer Machtpolitik beharren.

Zusammenarbeit als Voraussetzung für eine europäische Friedensordnung

Die deutsche Politik hat in den letzten Monaten immer wieder Vorschläge für kooperative Krisenlösungen eingebracht: Verhandlungen an runden Tischen, eine aktive Rolle der OSZE, multilaterale Verhandlungen (wie die in Genf) und eine intensive Kommunikation mit der russischen Führung. Ob diese Strategie erfolgreich sein wird, hängt auch von den USA und den Mitgliedern von EU und NATO ab, natürlich auch von den Politikern in der Ukraine, vor allem aber von der russischen Führung.

Wer eine stabile Friedensordnung in Europa will, muss die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands berücksichtigen. Gleichmaßen muss Russland die legitimen Sicherheitsinteressen seiner kleineren Nach-

barn respektieren. Schritte in Richtung auf eine europäische Friedensordnung sind nur dann realistisch, wenn sie nicht nur den Interessen einiger Groß- und Mittelmächte, sondern auch denen der meisten kleineren Staaten entsprechen. Da die Erinnerung an Bedrohung und Dominanz insbesondere in kleineren Staaten lebendig ist, sind größere Staaten gut beraten, wenn sie mit den historischen Erinnerungen und Traumata ihrer Nachbarn konstruktiv umgehen. Der Dialog zwischen polnischen und russischen Historikern war ein erfreulicher Schritt in diese Richtung.

Die Interessen der ostmitteleuropäischen Nachbarn

Ein kooperatives Verhältnis zu Russland liegt im deutschen Interesse. Es trägt aber nur dann zu einer dauerhaften Stabilität in der Region bei, wenn Deutschland sich dabei um eine enge Abstimmung mit den ostmitteleuropäischen Staaten bemüht. Ansonsten würden die Staaten Ostmitteleuropas sich angesichts der Risiken eines deutsch-russischen Bilateralismus in Westeuropa oder den USA um Unterstützung bemühen. Deutschland war in der Gefahr, das Vertrauen von Regierungen verlieren, auf deren Unterstützung es innerhalb der EU und der NATO angewiesen ist. Ein deutsch-russischer Bilateralismus unter Missachtung der Interessen von Russlands westlichen und Deutschlands östlichen Nachbarn ist für die deutsche Politik keine Option.

Fast alle Kritiker der gegenwärtigen Politik der Bundesregierung übersehen diesen Kontext. Diese Kritiker sind den Denkmustern Bismarcks und des Kalten Krieges verhaftet: Damals dominierte östlich der deutschen Grenzen der russische beziehungsweise sowjetische Faktor. Moralisch war es immer problematisch, aus Rücksicht auf Russland die Interessen und Empfindungen der kleineren ost- und ostmitteleuropäischen Staaten hintan zu stellen. Nach dem Ende des Kalten Krieges aber wäre eine solche Außenpolitik weder moralisch, noch realpolitisch akzeptabel. Russland bleibt für Deutschland weiterhin der wichtigste Partner östlich der Grenzen von EU und NATO. Aber seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Bedeutung der westlich von Russland gelegenen kleineren und mittelgroßen Staaten für die deutsche Außen-, Europa- und Wirtschaftspolitik erheblich zugenommen.

Wenn Präsident Putin den Schutz russischer und russischsprachiger Minderheiten zum wichtigen Ziel seiner Außenpolitik erklärt und dabei die Anwendung militärischer Gewalt nicht ausschließt, dann sehen mehrere Nachbarstaaten Russlands in dieser Politik eine Bedrohung ihrer staatlichen Integrität. Alte Ängste und Erinnerungen werden wieder wach. Diese Sorge ist nicht

Ergebnis westlicher Propaganda oder amerikanischen Drucks, sondern russischen Redens und Handelns.

Russlands Politikwechsel

Wer die Normen und Regeln kollektiver Sicherheit – etwa die der OSZE – verletzt, darf sich nicht darüber wundern, dass Institutionen kollektiver Verteidigung wie die NATO in den Augen vieler Nachbarn Russlands wieder an Bedeutung gewinnen. Wenn Russland im Widerspruch zu bilateralen und multilateralen Abkommen die territoriale Integrität der Ukraine missachtet und die Krim annektiert, dann wird keiner seiner Nachbarn russischen Vorschlägen für ein kollektives Sicherheitssystem in Europa – und hierauf zielten die Vorschläge Medwedews – vertrauen.

Die USA und die EU haben zum Teil schwerwiegende Fehler im Umgang mit Russland gemacht. Aber die entscheidende Ursache für die gegenwärtige Krise liegt in den Veränderungen in der russischen Außen- und Europapolitik. Es ist die schwerste Krise in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges. Die Außenpolitik der russischen Regierung hat dazu geführt, dass für die meisten Nachbarn Russlands die Sicherheit vor Russland wieder aktuell geworden ist. Diese begegnen Russland mit Vorbehalten und Ängsten. Dass in den Reden russischer Regierungspolitiker seit längerem die gesellschaftlichen und kulturellen Unterschiede zu Westeuropa betont werden und dem gegenüber eine angeblich vom übrigen Europa abweichende Identität und Wertehierarchie Russlands hervorgehoben wird, vergrößert diese Sorgen.

Russland hat sich stets gegen eine NATO-Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine gewandt. Die deutsche Politik hat diesen russischen Bedenken Rechnung getragen, als sie sich für Assoziationsverträge mit der EU, nicht aber für eine NATO-Mitgliedschaft dieser beiden Staaten eingesetzt hat. Seit längerem versucht Russland nun, auch die geplanten Assoziierungsverträge der EU mit früheren Sowjetrepubliken zu verhindern.

Das ist Folge eines Politikwechsels: Für Moskau steht nicht mehr der Ausbau vertraglicher Beziehungen mit der EU, sondern ein eigenes Integrationsprojekt im Vordergrund, die Zollunion und die Eurasische Union. Die gesellschaftspolitische und kulturelle Abgrenzung zu den in der EU dominierenden Werten führt dazu, dass in der Attraktivität der EU in Form von Assoziationsverträgen mit Georgien, Moldawien und der Ukraine keine Unterstützung eigener Reformbestrebungen, sondern eine Gefährdung geostrategischer Interessen Russlands und seines zunehmend konservativ und autoritär definierten Wertesystems gesehen wird: Die »Europäer« in Moskau haben an Einfluss verloren, die Ideologien der »Eurasier« dagegen an Resonanz gewonnen.

Die EU und das eurasische Integrationsprojekt

Die EU wendet sich nicht gegen eine enge Kooperation der Ukraine mit Russland, der Zollunion und der geplanten Eurasischen Union. Im Gegenteil. Nach Auffassung der EU lässt sich jedoch eine Vollmitgliedschaft in diesen eurasischen Integrationsprojekten mit den Bestimmungen der Assoziationsverträge nicht vereinbaren. Die deutsche Politik sollte sich, sobald die gegenwärtige Krise überwunden sein wird, erneut für ein kooperatives Verhältnis zwischen der EU, der Zollunion und der Eurasischen Union einsetzen. Hierzu gehört auch ein möglichst kooperatives Verhältnis zwischen Russland und den künftig mit der EU assoziierten Staaten Georgien, Moldawien und Ukraine.

Die Regierungen dieser Staaten streben – unterstützt von einer Mehrheit der jeweiligen Bevölkerung – eine möglichst enge Beziehung zur EU an. Viele ihrer Bürger sehen in einer Assoziierung mit der EU sogar nur einen Zwischenschritt zu einer Vollmitgliedschaft. Es ist nicht die EU, die gedrängt hat. Sie hat eher zu viel gezögert. Der Ukraine, Georgien oder Moldawien wegen der Einwände Russlands eine Assoziierung mit der EU zu verweigern, würde bedeuten, die Ziele, Interessen und Hoffnungen der Regierungen und Bevölkerungen dieser Staaten zu missachten.

Deutsche Russlandpolitik und östliche Nachbarn

Eine Missachtung grundlegender Interessen der kleineren Nachbarstaaten Russlands ist keine geeignete Grundlage für eine stabile Partnerschaft mit Russland. Deutschland wird innerhalb der EU und der NATO die

Bereitschaft zur Kooperation mit Russland nur dann vergrößern können, wenn es gleichzeitig die kleineren Nachbarstaaten Russlands gegen Drohungen und Anschuldigungen in Schutz nimmt. Eine deutsche Russlandpolitik über die Köpfe der westlichen Nachbarn Russlands und der östlichen Nachbarn Deutschlands hinweg würde alte Ängste wiederbeleben und Ursache neuer Spannungen werden. Diese Einsicht gilt nicht nur für Ostmitteleuropa und Südosteuropa, sondern auch für Georgien, Moldawien und die Ukraine.

Wenn Russland meint, zu einer Großmachtpolitik im Sinne des 19. Jahrhunderts zurückkehren zu müssen, dann wird es im 21. Jahrhundert in Europa einsam bleiben. Zumindest Deutschland wird sich an einem »Konzert der Mächte«, bei denen größere Staaten über das Schicksal kleinerer oder auch mittelgroßer Staaten entscheiden, nicht beteiligen. Im Interesse Europas und im Interesse guter deutsch-russischer Beziehungen ist zu hoffen, dass Russland seine Politik künftig wieder an den in den letzten Jahrzehnten vereinbarten europäischen Normen und Regeln orientiert. Dann könnte es auch wieder realistisch werden, über Konzepte einer gemeinsamen Sicherheit, zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung und politischer Zusammenarbeit zu verhandeln.

In den nächsten Monaten entscheidet sich, ob die tiefe Krise in den Beziehungen zu Russland zeitlich und sachlich begrenzt werden kann, oder ob es zur Verfestigung eines negativen Trends kommt. Wäre Letzteres der Fall, dann dürften auch für gesichert gehaltene Errungenschaften und Gewissheiten der letzten Jahrzehnte erneut strittig werden.

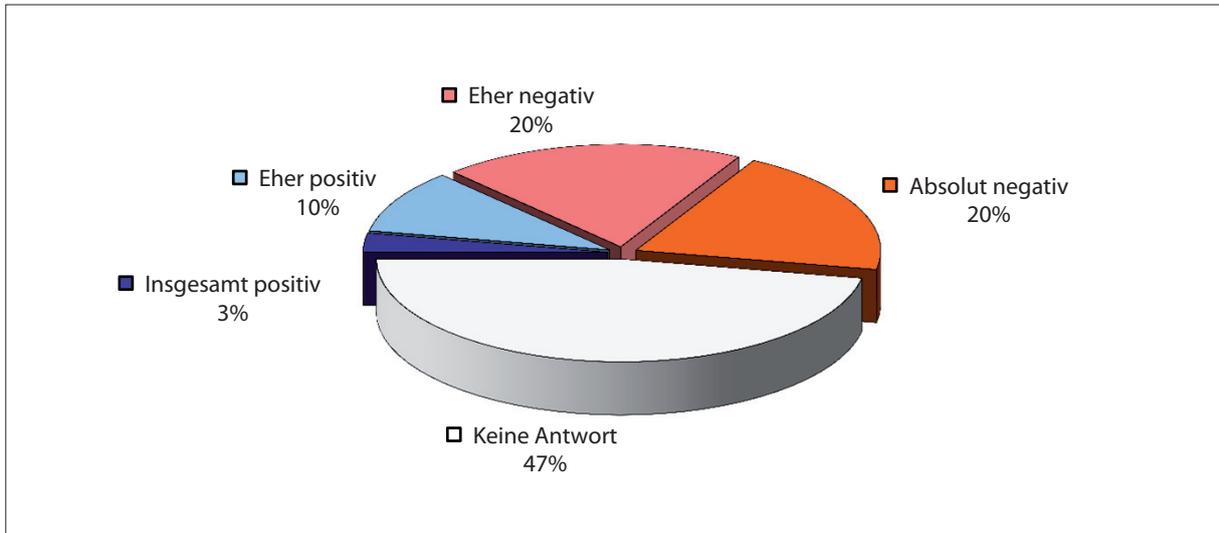
Über den Autor

Karsten D. Voigt war von 1976 bis 1998 Mitglied des Bundestags, seit 1983 als außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, bis 1998 Vorsitzender der deutsch-russischen Parlamentariergruppe. Von 1999 bis 2010 war er Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit. Karten Voigt ist Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

UMFRAGE

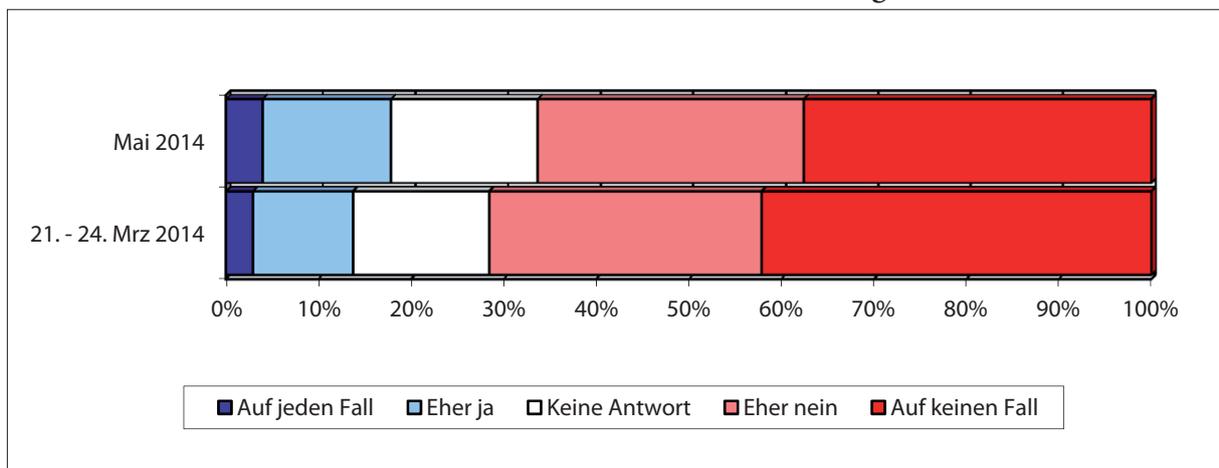
Aktuelle russische Umfragen zur Lage in der Ukraine

Grafik 1: Wie stehen Sie zur Wahl von Petro Poroschenko zum neuen Präsidenten der Ukraine?



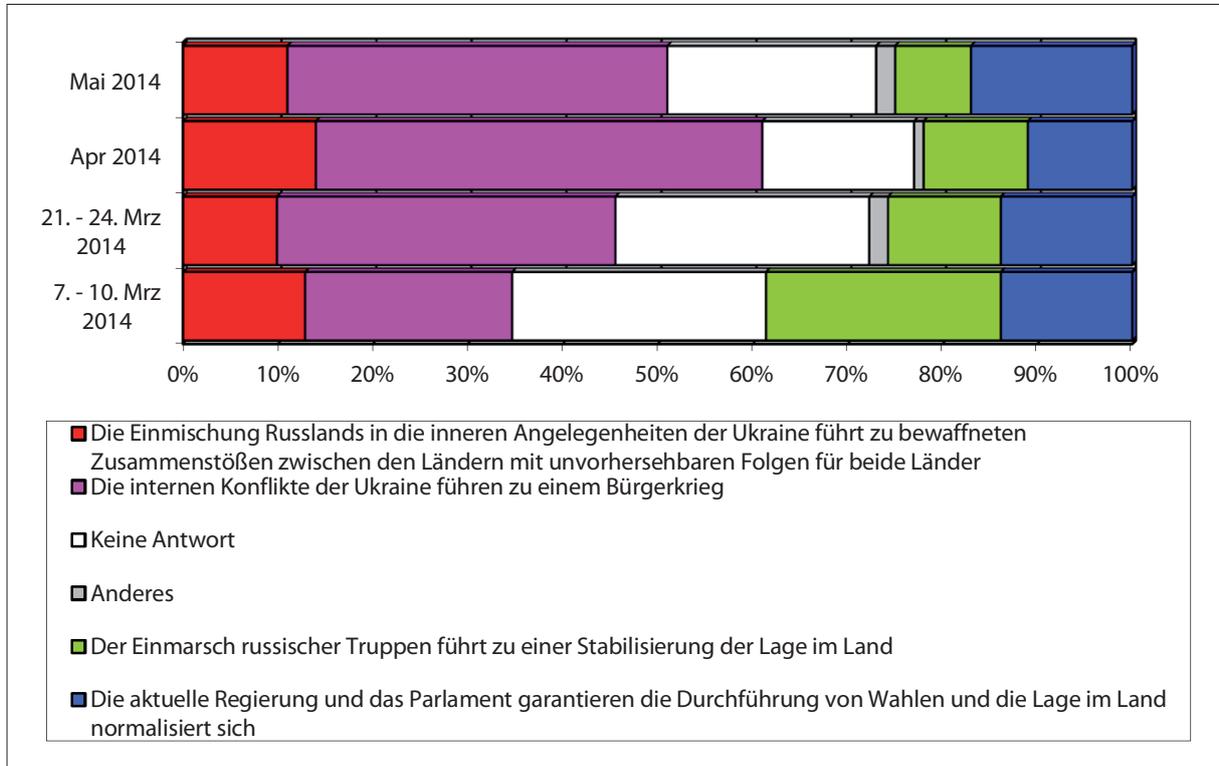
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 30. Mai 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/30-05-2014/situatsiya-v-ukraine-otsenki-ozhidaniya-perspektivy>>

Grafik 2: Halten Sie die aktuelle Staatsmacht in der Ukraine für legitim?



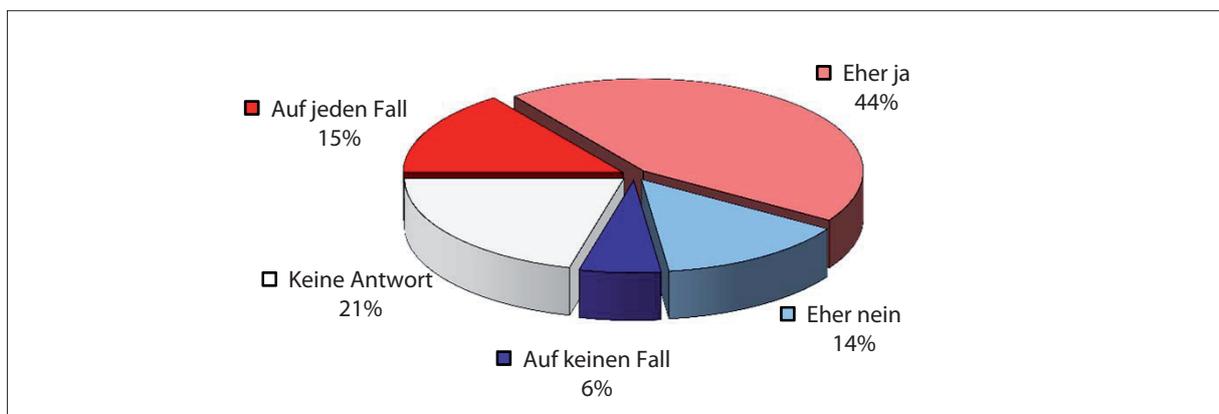
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 30. Mai 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/30-05-2014/situatsiya-v-ukraine-otsenki-ozhidaniya-perspektivy>>

Grafik 3: Welche Entwicklung der Ereignisse in der Ukraine ist Ihrer Meinung nach in der aktuellen Situation am wahrscheinlichsten?



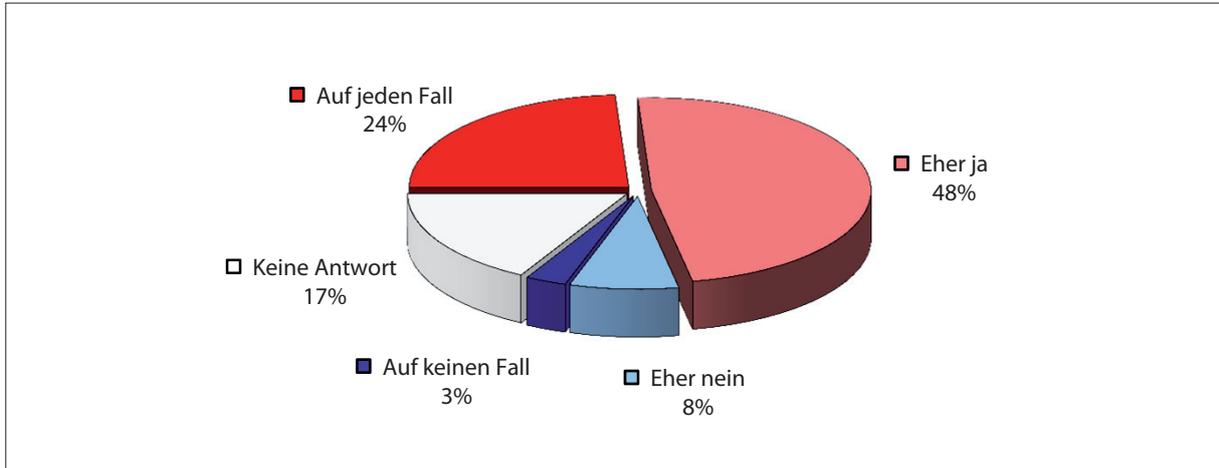
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 30. Mai 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/30-05-2014/situatsiya-v-ukraine-otsenki-ozhidaniya-perspektivy>>

Grafik 4: Sollte Russland die prorussisch eingestellten Kräfte in der Ostukraine aktiv unterstützen?



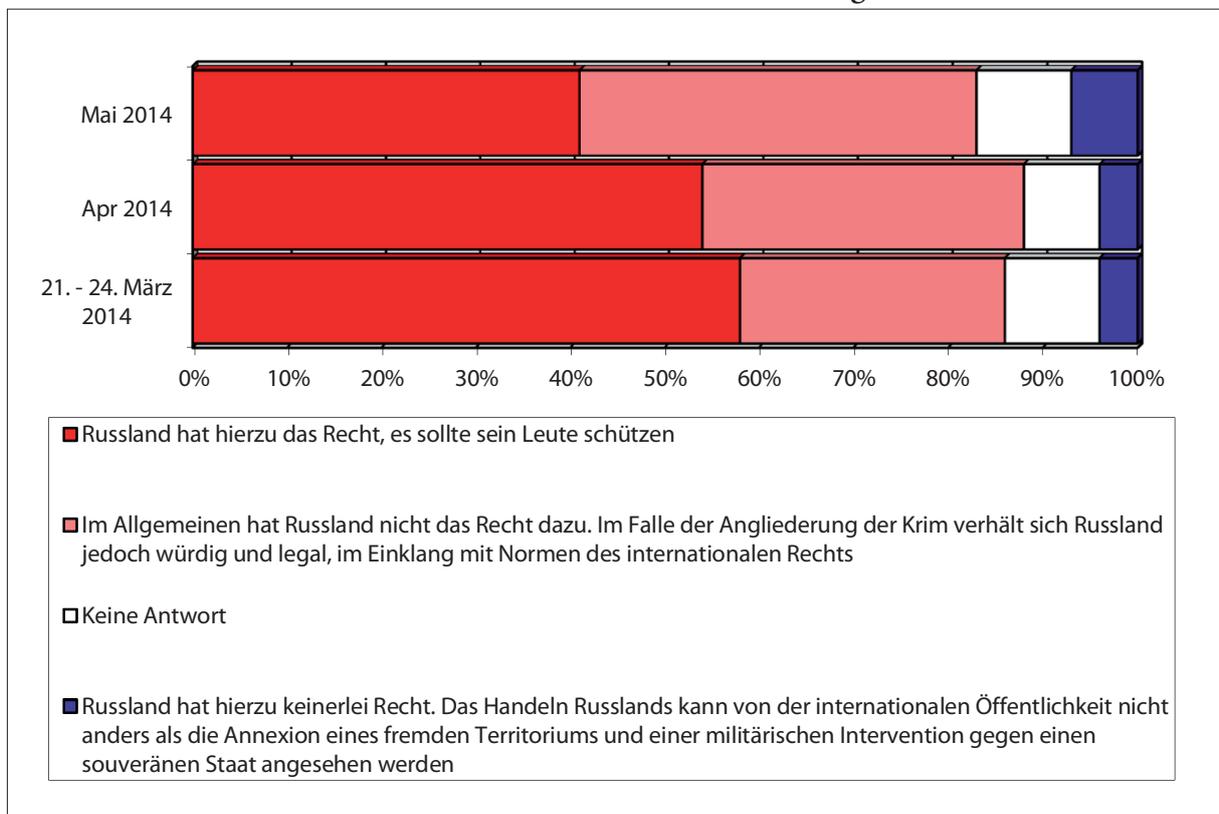
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 2. Juni 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/02-06-2014/situatsiya-na-yugo-vostoke-ukrainy>>

Grafik 5: Sollte Russland die Unabhängigkeit der »Volksrepublik Donezk« anerkennen?



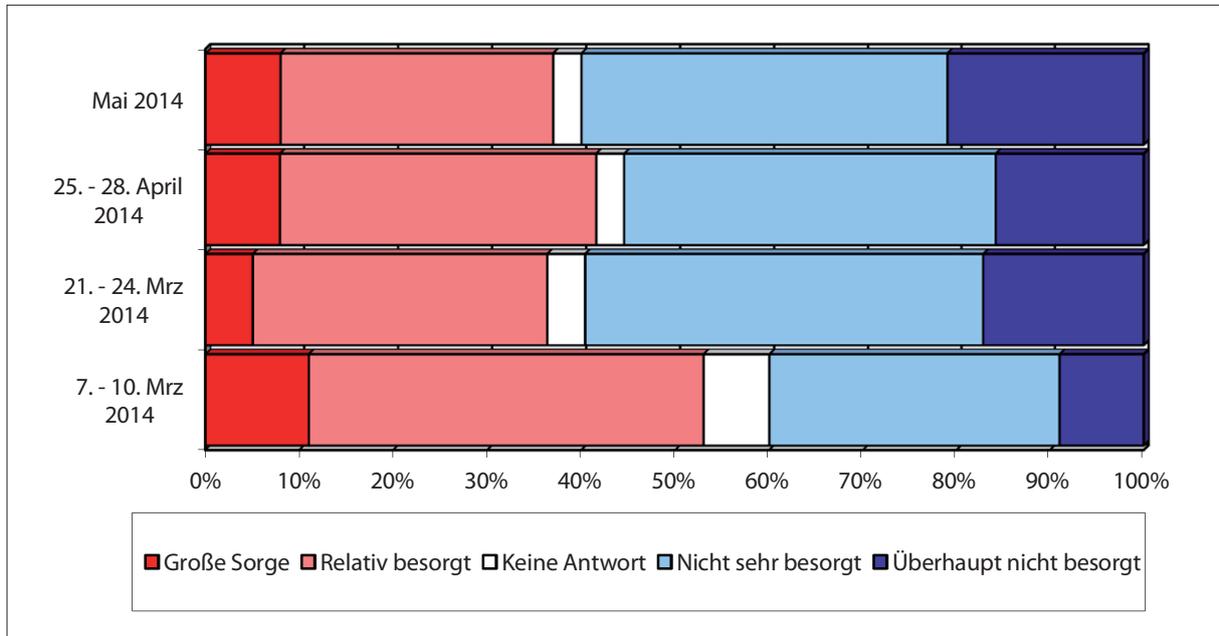
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 2. Juni 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/02-06-2014/situatsiya-na-yugo-vostoke-ukrainy>>

Grafik 6: Hat Russland das Recht, Territorien ehemaliger Sowjetrepubliken anzugliedern, wenn es darum geht, dass die dort lebenden Russen eine Verletzung ihrer Rechte von Seiten der Staatsmacht oder der ethnischen Bevölkerungsmehrheit erleiden könnten?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 2. Juni 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/02-06-2014/situatsiya-na-yugo-vostoke-ukrainy>>

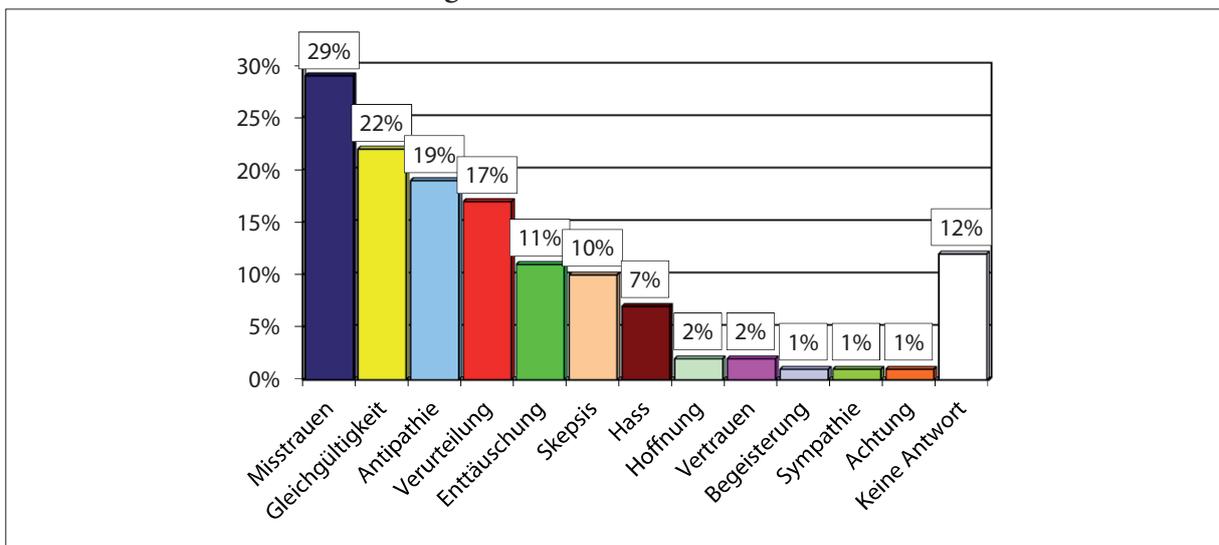
Grafik 7: Fürchten Sie politische und ökonomische Sanktionen der Länder des Westens gegenüber Russland?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 11. Juni 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/11-06-2014/rossiyane-o-sanktsiyakh-so-storony-ssha-i-evrosoyuza>>

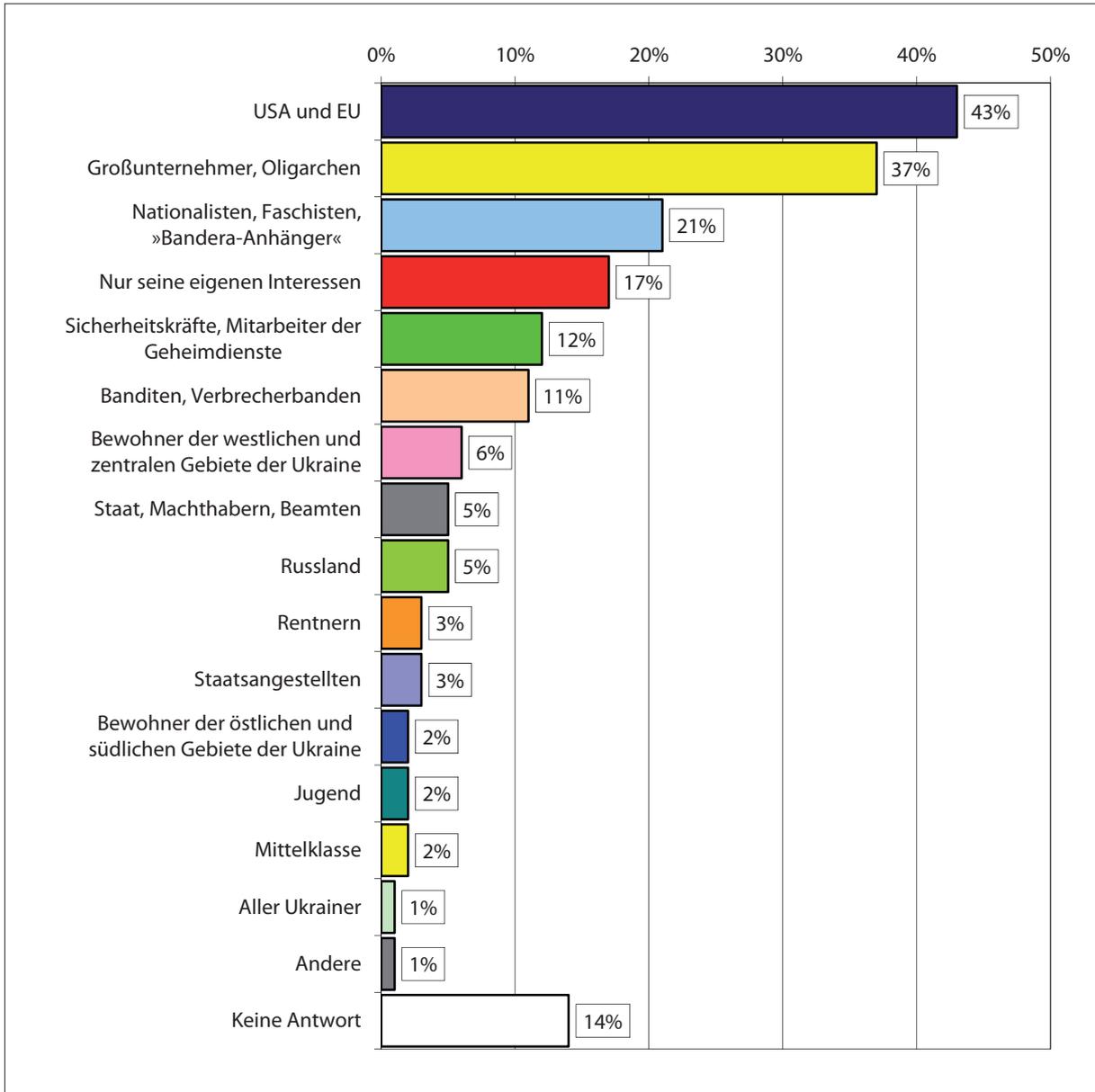
Eine WZIOM-Umfrage zu Poroschenko

Grafik 8: Den Wahlergebnissen zufolge wurde Petro Poroschenko zum Präsidenten der Ukraine gewählt. Welche Gefühle ruft bei Ihnen Poroschenko als Politiker hervor? (max. zwei Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen des WCIOM vom 31. Mai–1. Juni 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 9. Juni 2014 unter: <<http://wciom.ru/in dex.php?id=459&uid=114853>>

Grafik 9: Wessen Positionen und Interessen vertritt Petro Poroschenko?
(max. drei Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen des WCIOM vom 31. Mai–1. Juni 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 9. Juni 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114853>>

Fußball-Weltmeisterschaft in Russland 2018: bereits jetzt die teuerste aller Zeiten?

Martin Müller und Sven Daniel Wolfe, Zürich

Zusammenfassung

Mit geschätzt 21 Milliarden US-Dollar wird die Fußball-Weltmeisterschaft (WM) in Russland 2018 die teuerste aller Zeiten werden. Kostenüberschreitungen bereits in dieser frühen Phase lassen jedoch vermuten, dass die Gesamtausgaben am Ende noch deutlich höher ausfallen könnten: Das Budget für die zwölf Stadien ist bereits von anfänglich 2,8 Milliarden US-Dollar auf jetzt 6,9 Milliarden US-Dollar gestiegen, obwohl der Bau an den meisten Arenen noch nicht einmal begonnen hat. Die geplanten Kosten machen die russischen Stadien zu den teuersten weltweit. Mit 11.600 US-Dollar pro Sitzplatz fallen die relativen Ausgaben fast doppelt so hoch aus wie bei der WM in Brasilien. Die neu geschaffene Stadionkapazität verschärft das Problem der Überkapazitäten im russischen Fußball und trifft auf eine stagnierende Nachfrage nach Eintrittskarten. Die Fehlallokation knapper Ressourcen für die WM lässt die ohnehin schlechten Aussichten für die russische Wirtschaft noch düsterer erscheinen.

Schon wieder ein Ausgabenrekord...

Die Winterspiele in Sotschi sind kaum vorbei, da hat Russland bereits jetzt die Augen fest auf die nächste Großveranstaltung gerichtet. Sotschi wurde mit Gesamtkosten von mehr 51 Milliarden US-Dollar zu den teuersten Olympischen Spielen aller Zeiten. Die WM 2018 liegt auf einem Kurs, der das zu wiederholen scheint. Ein Dekret vom Juni 2013 setzte die *minimalen* Kosten für die Veranstaltung bei 21 Milliarden US-Dollar (660 Milliarden Rubel) an. Diese Summe beinhaltet gerade einmal die Kosten für die Ausrichtung des Events. Der Vorsitzende des Organisationskomitees Igor Schuwalow merkte an: »Wir haben absolut alles zusammengekürzt. Es gibt nichts Überflüssiges mehr, kein einziges überflüssiges Objekt. Wir haben nur das [im Budget behalten], was unmittelbar der Weltmeisterschaft dient.« Selbst dieses Rumpfevent soll aber immer noch doppelt soviel kosten wie die für ihre überhöhten Ausgaben kritisierte Weltmeisterschaft in Brasilien.

Man braucht nur den Bau der Stadien zu betrachten, um eine Vorstellung davon zu bekommen, was Russland und die Welt erwartet. Die Bewohner von St. Petersburg sparen nicht mit Kritik, wenn man sie nach dem neuen Stadion des dortigen Fußballclubs Zenit fragt: »Wir warten seit Jahren und es gibt keinen Fortschritt«, sagte ein frustrierter Fan, als ihn einer der Autoren dieses Beitrags auf der Krestowskij-Insel, dem Standort des zukünftigen Stadions, befragte. »Es ist eine Schande für die Fans und die Stadt.« Eine Frau im Fanschal von Zenit fügte hinzu: »Selbst ein Dummkopf weiß, dass das Stadion für Oligarchen und Beamte nur ein Vorwand ist, um Geld zu stehlen.«

Die Bauarbeiten am Stadion von Zenit begannen 2006, mit einem geplanten Gesamtvolumen von 200 Millionen US-Dollar. 2009 sollte es seine Pforten öff-

nen, doch das blieb ein Wunschtraum. Anfangs noch »Gazprom-Arena« genannt, hat das Stadion inzwischen sowohl seinen Namen als auch seinen Hauptsponsor verloren. Die Kosten für den Bau muss nun der russische Staat tragen. Diese sind auf über eine Milliarde US-Dollar gestiegen und machen damit bald jenen des fast um ein Drittel größeren Wembley-Stadions in London Konkurrenz – einem der größten finanziellen Fiaskos in der Geschichte des Stadionbaus. Das Eröffnungsdatum des Petersburger Stadions wurde inzwischen auf 2016 verschoben.

Die teuren Komplikationen mit dem Zenit-Stadion in St. Petersburg sind ein Warnsignal für die Vorbereitungen auf die WM 2018, die vom 8. Juni bis 8. Juli 2018 in elf Städten im europäischen Teil Russlands stattfinden wird (siehe Karte in Abbildung 1). Im Juni 2014 waren gerade drei von zwölf Stadien annähernd fertig, nämlich die neue »Otkrytije«-Arena von Spartak Moskau und die Stadien in Kasan und Sotschi. Mit dem Moskauer Olympiastadion in Luschniki und dem Zentralstadion in Jekaterinburg existieren zwei weitere Spielorte, müssen aber von Grund auf renoviert werden. Das Zenit-Stadion braucht noch Jahre bis zur Fertigstellung und die übrigen sechs Stadien müssen komplett neu gebaut werden (siehe Tabelle 1). Budgets – sowohl für den Stadionbau als auch für die Vorbereitung auf Großveranstaltungen dieser Art ganz allgemein – geraten jedoch oft außer Kontrolle, vor allem weil die Frist für die Eröffnung der WM fix ist. Verzögerungen im Bau müssen daher mit einem höheren Kostenaufwand, zum Beispiel durch Nachtschichten, kompensiert werden. Dabei fallen die Mehrkosten oft auf den Steuerzahler zurück, vor allem dann, wenn – wie in Russland – die Bautätigkeit ohnehin mehrheitlich von der öffentlichen Hand finanziert wird.

Verzögerungen am Bau und explodierende Kosten

Die Probleme des Stadionbaus in St. Petersburg könnten sich für die WM noch vervielfältigen. Russland muss jetzt acht Stadionprojekte in acht Städten zur selben Zeit koordinieren. Dabei müssen die Erwartungen von unterschiedlichen regionalen Eliten, Auftragnehmern und Anspruchsgruppen sowie unterschiedliche städtische Kontexte berücksichtigt werden. Der Zeitdruck verschärft diese Situation. Witalij Mutko, der Sportminister Russlands, gab im März 2014 zu, dass die Bauaktivitäten in jedem der Austragungsorte bereits hinter dem Zeitplan zurücklagen: »Der langsame Fortschritt im Stadiondesign ist besorgniserregend. Fristen werden nicht eingehalten. Es gibt in jeder Region Probleme.«

Dass die Kosten schon jetzt explodieren ist ein erstes Anzeichen ernster Schwierigkeiten. Zwischen der Bewerbung für die WM im Jahr 2010 und Juni 2014 haben sich die projektierten Kosten für den Stadionbau bereits mehr als verdoppelt: von 2,8 auf 6,9 Milliarden US-Dollar (siehe Tabelle 1). Damit werden die 12 Stadien, unter Berücksichtigung der Inflation, teurer sein als die 20 Stadien der WM in Südkorea und Japan 2002. Die 6,9 Milliarden werden aber kaum das letzte Wort sein. In Brasilien beispielsweise haben sich die tatsächlichen Kosten im Vergleich zur Prognose vier Jahre vor der WM noch einmal verdoppelt.

Bereits mit den jetzt projektierten Kosten gehören die russischen Stadien zu den teuersten weltweit. Mit 577 Millionen US-Dollar sind die durchschnittlichen Kosten pro Stadion mehr als 50 % höher als in Brasilien und mehr als 240 % höher als für die WM in Deutschland 2006 (siehe in den Lesetipps Müller: Event seizure...). Pro Besucherplatz betragen die durchschnittlichen Ausgaben 11.600 US-Dollar (siehe Abbildung 2) – viermal mehr als für die WM in Deutschland 2006.

Man kann wohl kaum höhere Inputkosten für die Preisexzesse verantwortlich machen. Die Aufwendungen für Arbeitskräfte, Baumaterial und Grund und Boden sind in Russland durchschnittlich niedriger als in Westeuropa. Die technischen Anforderungen an die Stadien sind dieselben, da diese von der FIFA vorgegeben werden. Ein Teil der Preisinflation ist wohl auf das Abschöpfen von Renten durch Auftragnehmer zurückzuführen. »SportEngineering«, eine staatliche Organisation, die dem Sportministerium gehört, spielt eine zentrale Rolle in der Auftragsvergabe. Sie ist inzwischen Entwicklungsgesellschaft für mehrere der Stadien, obwohl sie in Ausschreibungen keineswegs immer den besten Preis geboten hat. »SportEngineering« führt die Arbeiten jedoch nicht selbst aus, sondern vergibt sie weiter an Unterauftragnehmer. Dabei behält sie einen großzügigen Teil der Auftragssumme für sich selbst –

»für die Verantwortung«, wie sie angibt. Diese Verantwortung hat aber nicht geholfen, die Kosteneskalationen zu vermeiden und die Steuerzahler vor überteuerten Stadien zu schützen.

Überschüssige Kapazitäten

Wenn sie dereinst fertiggestellt sind, werden die Stadien für die Weltmeisterschaft noch ein weiteres Problem verschärfen, das der Überkapazitäten. Die neuen Spielorte werden die Gesamtzahl der Besucherplätze in Russlands Stadien um knapp eine halbe Million erhöhen. Das ist mehr als ein Drittel der gesamten Kapazität im Land. Dabei sind die meisten Fußballstadien in Russland bereits jetzt zu groß für die Anzahl der Zuschauer, die zu den Spielen geht. Die 15 Clubs in der höchsten Liga nutzen durchschnittlich nur 60 % ihrer Stadionkapazität.

Ins Fußballstadion zu gehen ist außerdem keine besonders weit verbreitete Freizeitbeschäftigung in Russland. Gerade einmal 0,14 % der Bevölkerung gehen im Jahr zu einem Fußballspiel. Die durchschnittliche Zuschauerzahl pro Spiel liegt bei unter 12.000 – gerade einmal so viel wie in der Schweiz. Russland bildet damit das Schlusslicht unter den größeren Ländern Europas. Die Nachfrage nach Eintrittskarten ist seit den frühen 2000er-Jahren kaum gestiegen, trotz steigender Haushalteinkommen und beständiger Modernisierung der Stadien. Diese Umstände lassen es unwahrscheinlich erscheinen, dass die Investitionen in die Stadien jemals rentabel sein werden. Vielmehr werden viele von ihnen auch im alltäglichen Betrieb zu teuren Zuschussgeschäften werden. Deshalb hat auch kein privater Investor oder Club Interesse an der Finanzierung gezeigt. Wie in Brasilien und zuvor in Südafrika bleiben die Risiken bei der öffentlichen Hand.

Einigen der Resultate des fieberhaften Stadionbaus mangelt es nicht an Absurdität. Das Zentralstadion in Jekaterinburg wurde 1957 in stalinistischem Neoklassizismus erbaut und 2011 nach einer umfangreichen Renovierung von 82 Millionen US-Dollar wieder eröffnet – kurz nachdem Russland den Zuschlag für die WM erhalten hatte. Zwei Jahre später wurde es gleich wieder geschlossen, um es für die WM umzubauen. Die Kosten: fast eine halbe Milliarde US-Dollar! Im Zuge der Renovierung wird die Sitzplatzkapazität von 27.000 auf 44.000 erweitert werden; weitaus mehr als die Prognosen für die zukünftige Nachfrage. Seitdem 2013 der Oppositionskandidat Jewgenij Roisman Bürgermeister von Jekaterinburg wurde, ist die Debatte noch kontroverser geworden. Er hat Diskussionen angeheizt, ob es nicht günstiger und weniger beeinträchtigend für das unter Denkmalschutz stehende Stadion wäre, wenn man am Stadtrand ein neues Stadion bauen würde. Er bezwei-

felt sogar, ob Jekaterinburg überhaupt WM-Spiele ausrichten sollte: »Ich weiß nicht, ob es sich lohnt 12 bis 15 Milliarden Rubel [390 bis 490 Millionen US-Dollar] für vier Spiele in Jekaterinburg auszugeben. Ich würde nicht sofort die Stadtschatulle öffnen, um ein enormes internationales Event auszurichten, an dem die Stadt vielleicht überhaupt kein Interesse hat.«

»Wenn wir eine kleine Strafe zahlen, könnten wir vielleicht noch aussteigen.«

Wenn die Vorbereitungen für die WM 2018 so weitergehen wie bisher, wird die Großveranstaltung unter Kostenexzessen leiden und Überkapazitäten erzeugen. Jedes einzelne der Stadien ist bereits teurer als erwartet und hinter dem Zeitplan zurück. Aber selbst diese Informationen zusammenzustellen ist schwierig, denn es fehlt an Transparenz: Es gibt keine zentrale Informationsquelle und selbst das Bewerbungsdokument ist nicht öffentlich zugänglich, so dass man kaum die Versprechungen mit der Realität vergleichen kann.

Während die russischen Eliten die ineffiziente Allokation von Ressourcen sicher begrüßen, verstärkt diese gleichzeitig den Druck auf den Staatshaushalt. Die

wirtschaftlichen Aussichten für Russland sind nach der Ukraine Krise düster. Die Wachstumsprognosen für 2014 liegen bei gerade einmal 0,2%, die Kapitalflucht ist so hoch wie seit der Finanzkrise 2008 nicht mehr, und die Kreditwürdigkeit wurde vor kurzem als gerade über »Junk-Bond«-Status herabgestuft. Russland kann sich also einen weiteren Exzess wie bei den Winterspielen in Sotschi nicht leisten. Genau darauf steuert es jedoch zu.

Putin wird dieses Dilemma Kopfzerbrechen bereiten. Doch er ist nicht der erste Staatschef im Kreml, der es bedauert, eine vermeintlich prestigeträchtige Großveranstaltung ins Land geholt zu haben. »Dieses Ereignis wird kolossale Summen kosten. Zusätzlich zu den massiven Ausgaben besteht noch die Gefahr aller Arten von Skandalen.« Das schrieb Leonid Breschnew 1975 über die Sommerspiele 1980 an Konstantin Tschernenko, der damals Präsident des Organisationskomitees war und später Breschnews Nachfolger wurde. »Einige Genossen haben mir gesagt, dass wir vielleicht noch aussteigen könnten, wenn wir eine kleine Strafe zahlen.« Würde es Putin jemand verübeln, hegte er insgeheim ähnliche Überlegungen?

Über die Autoren

Martin Müller ist Förderungsprofessor der Schweizerischen Nationalfonds am Geographischen Institut der Universität Zürich. Er forscht zu Großveranstaltungen und hat gerade ein längeres Projekt zu den Winterspielen in Sotschi abgeschlossen. In den kommenden Jahren wird ihn die WM 2018 beschäftigen. <www.martin-muller.net>

Sven Daniel Wolfe ist Doktorand am selben Institut und forscht zur Planung und zu den Auswirkungen der WM 2018 in Russland.

Lesetipps

- Müller, Martin: Event seizure: the World Cup 2018 and Russia's illusive quest for modernisation [Working Paper], 1. Juni 2014; <http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2368219>
- Gaffney, Christopher: From Culture to Spectacle: the new logics of Brazilian football, in: Territorio, 2013, Nr. 65, S. 48–53.
- The Sochi Olympics [= Russian Analytical Digest, No. 143], 09. Februar 2014; <www.css.ethz.ch/publications/pdfs/RAD-143.pdf>

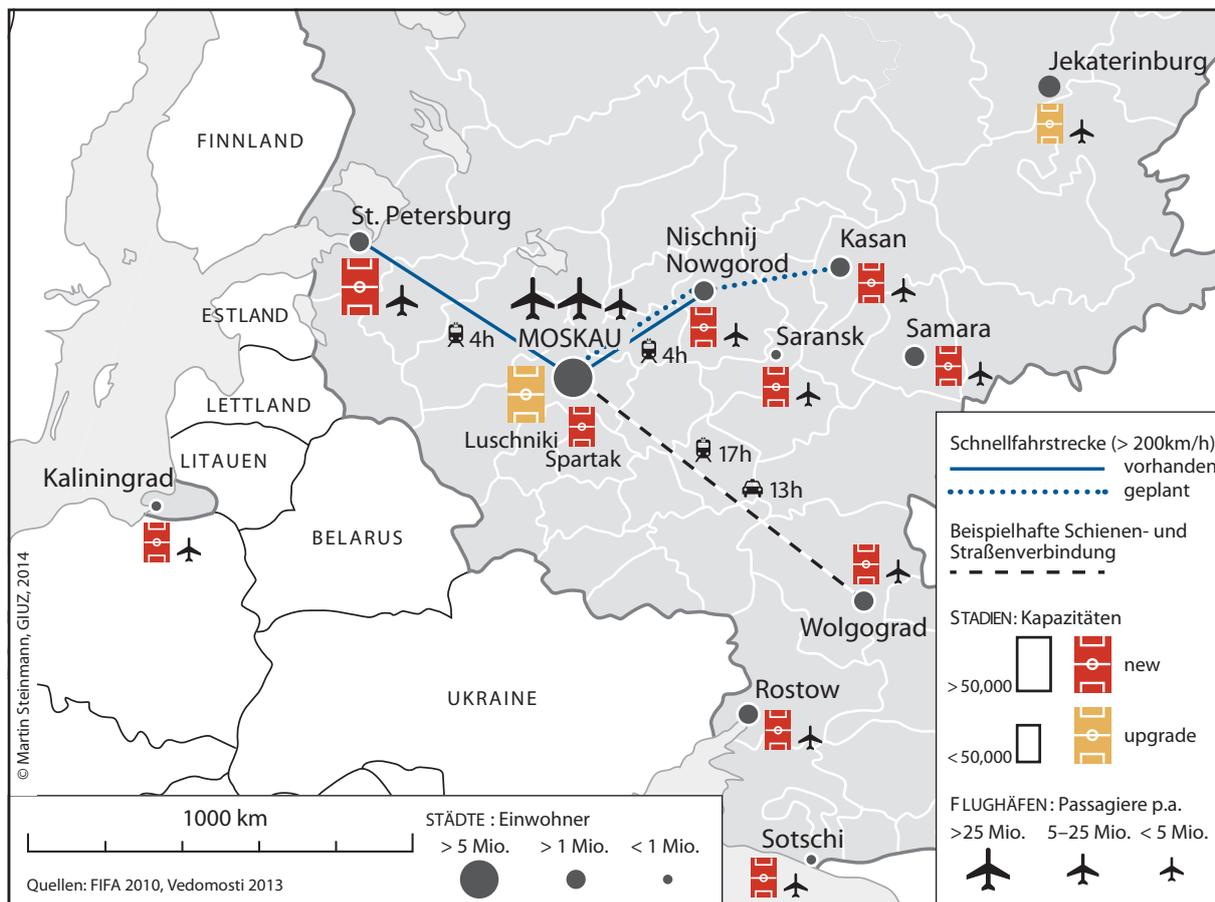
Statistiken zur Vorbereitung der WM 2018

Tabelle 1: Investitionen in die Stadien für die WM 2018

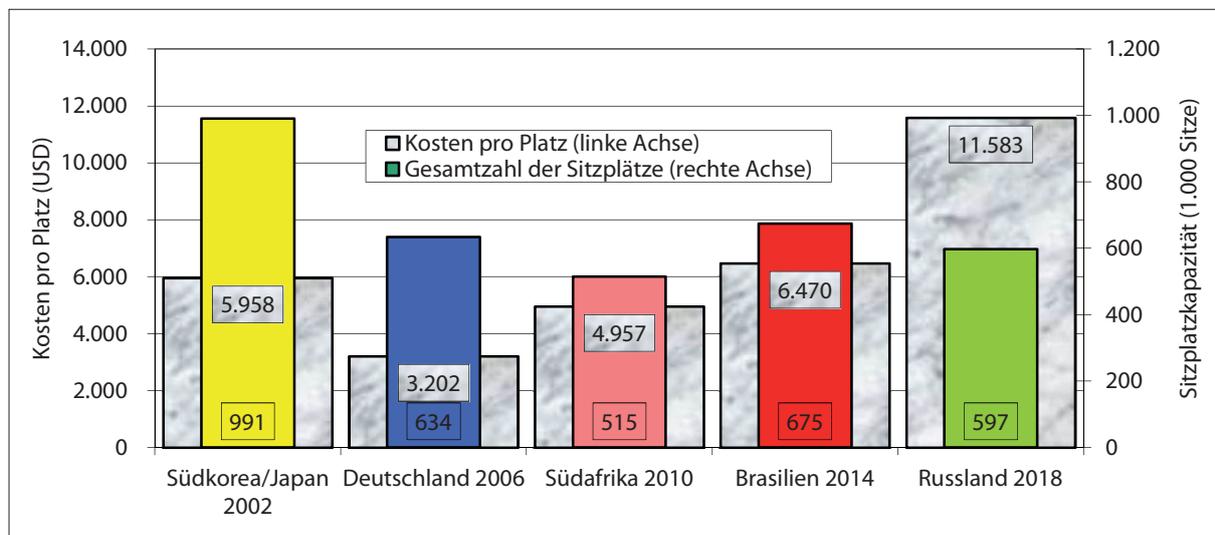
Stadt	Bevölkerung (Millionen)	Stadion			Kosten der Stadien			
		Name	Status	er- öffnet	geplant 2010	aktuell 2014	pro Platz	Über- schrei- tung
					Mio. USD	Tsd. USD	in %	
Moskau	11,5	Luschniki	Umbau	1956	240	654	8	173 %
		Otkrytie	Neu	2014	290	458	10	58 %
St. Petersburg	4,9	Zenit	Neu	2016 e	415	1.144	17	176 %
Jekaterin- burg	1,4	Zentral	Umbau	1957	160	497	11	211 %
Nishnij Nowgorod	1,3	Strelka	Neu	2017 e	240	556	12	132 %
Samara	1,2	tbd	Neu	2017 e	180	431	10	139 %
Rostow	1,1	Lewberdon- Arena	Neu	2017 e	225	474	11	111 %
Kasan	1,1	Kasan- Arena	Neu	2013	250	471	10	88 %
Wolgo- grad	1,0	Pobeda	Neu	2017 e	210	474	11	126 %
Kalinin- grad	0,4	Baltic- Arena	Neu	2017 e	210	490	11	133 %
Saransk	0,3	Jubileiny	Neu	2015 e	180	490	11	172 %
Sotschi	0,3	Fischt	Neu	2014	225	780	18	247 %
Durch- schnitt					235	577	12	147 %
Gesamt	10 neu, 2 Umbau				2.825	6.919		

Quellen: Bevölkerungsdaten vom Zensus 2010; FIFA, Wedomosti, Interfax, ITAR-TASS, Don News, gazeta.ru, Rossiya2018.rf, wc-2018.ru.; ein Wechselkurs von USD 1 = RUB 30,6 wurde für die Umrechnung angesetzt; e=erwartet

Grafik 10: Karte der Stadien und Transportinfrastruktur für die WM 2018 in Russland



Grafik 11: Vergleich der absoluten Anzahl der Sitzplätze und der Kosten pro Platz für die Weltmeisterschaften 2002, 2006, 2010, 2014 und 2018



Quellen: Eigene Berechnungen auf Basis von Associated Press; Deutsche Bundesregierung; World Stadium Index; die Kosten wurden von der lokalen Währung mit Hilfe von Weltbankdaten aus dem Schätzjahr in USD konvertiert und dann mit dem OECD GDP deflator auf das Jahr 2010 standardisiert.

»Something to believe in«

Die Sprachenwahl in Russlands Beiträgen für den Eurovision Song Contest

Yvonne Pörzgen, Bremen

Zusammenfassung

Seit seiner ersten Teilnahme 1994 nutzt Russland seine Beiträge zum Eurovision Song Contest (ESC), um sich im Zuge des Nation-Branding als Mitglied des europäischen Kulturraums zu präsentieren. Die Wahl der Sprache des gesungenen Beitrags gibt dabei Aufschluss über Prozesse der Identitätskonstruktion und daraus resultierende Konflikte. Der Artikel untersucht anhand der Beiträge von Dima Bilan, Anastasija Prichodko und »Buranowskije Babuschki« die Implikationen der gewählten Sprache(n) auf die nationale und internationale Ausstrahlung der Lieder und Auftritte.

Musik und Politik

Er war immer Kitsch und niemals unpolitisch: Dass der »Eurovision Song Contest« (ESC) als Gradmesser für internationale Befindlichkeiten gelten kann, war zuletzt im ersten Halbfinale 2014 zu beobachten. Als die Moderatoren verkündeten, dass sich die russischen Tolmatschowa-Zwillinge für das Finale qualifiziert hatten, erschallten laute Buhrufe in der Kopenhagener Arena. Der Protest des Publikums richtete sich nicht gegen Nastja und Mascha, sondern war Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Politik Russlands, sei es wegen der russischen Haltung zur Ukrainekrise und der Annexion der Krim, sei es wegen der Äußerungen russischer Politiker, Kirchen- und Medienvertreter, die zur Disqualifizierung des österreichischen ESC-Beitrags von Conchita Wurst aufgerufen hatten.

Russland nimmt den ESC sehr ernst. Mit 30 Millionen Euro gab Russland 2009 so viel Geld für die Ausrichtung des ESC aus wie kein Land zuvor. Der Erfolg der »Buranowskije Babuschki« 2012 ist aussagekräftiges Indiz für die Identität als ESC-Teilnehmerland. Im Zusammenhang mit der russischen Debatte um seine geopolitische Ausrichtung ist es möglich, daraus Schlussfolgerungen über Selbst- und Außenwahrnehmung Russlands zu ziehen.

Die ESC-Teilnahme ist ein Balanceakt zwischen der Repräsentation eines Landes und der Projektion einer Vision. Jedes Land versucht, das internationale Publikum zu überzeugen, für den nominierten Kandidaten zu stimmen. Das Publikum zu Hause muss soweit begeistert werden, dass es den Wettbewerb verfolgt. Ein relevanter Aspekt in diesem Spiel ist die Wahl der Gesangssprache. Englisch gesungene Lieder sind nicht das einzige Erfolgsrezept, wie die »Buranowskije Babuschki« zeigten, die auf Udmurtisch sangen und Zweite wurden.

Nation-Branding

Russland sieht den ESC als Plattform, auf der es sich als integraler Bestandteil Europas präsentiert. Der ESC

wird in Russlands *Nation-Branding* inkorporiert und kreiert für das ausländische Publikum ein europäisches Bild Russlands. Sprache ist bei diesem Prozess und konkret im ESC von großer Bedeutung.

Als der ESC 1957 zum ersten Mal ausgetragen wurde, gab die EBU (European Broadcasting Union) keine Sprachregeln vor, da man davon ausging, die Teilnehmer würden selbstverständlich in ihrer jeweiligen Muttersprache singen. Ab 1966 mussten Lieder in der Nationalsprache vorgetragen werden. Diese Regelung wurde 1973 außer Kraft gesetzt, aber 1977 wieder eingeführt. Endgültig wurde sie 1999 abgeschafft als Reaktion auf Beschwerden von Seiten kleinerer Länder, die sich im Wettbewerb mit englisch- oder französischsprachigen Beiträgen benachteiligt sahen.

Die russischen Beiträge seit 1999 waren meistens auf Englisch, darunter auch Dima Bilans Siegerlied von 2008, »Believe«. Es gab aber drei relevante Ausnahmen: *t.A.T.u* sangen 2003 auf Russisch, Anastasija Prichodko 2009 auf Russisch und Ukrainisch und die bereits erwähnten Buranowskije Babuschki 2012 fast ausschließlich auf Udmurtisch, nur für den Refrain »Party for everybody, dance« wechselten sie ins Englische. Die folgende Analyse konzentriert sich auf die Auftritte von Dima Bilan (2006 und 2008), Anastasija Prichodko (2009) und Buranowskije Babuschki (2012) – vier Performances in vier Sprachen.

Dima Bilan: »Never let you go« (2006), »Believe« (2008)

Dima Bilan hat Singles, sechs Alben und ein Best-Of-Album herausgebracht. Vor dem Album »Believe« von 2009, das auch den ESC-Siegerbeitrag enthält, hat er so gut wie keine Lieder in einer anderen Sprache als Russisch veröffentlicht. Diese Beobachtung ist repräsentativ für den russischen Pop-Markt. Russische Interpreten singen in der Regel auf Russisch. Nur dann, wenn ein dezidiert nichtrussisches Publikum als Zielgruppe angesprochen werden soll, ist Englisch die Sprache der

Wahl. Ebenso verhält es sich mit dem Repertoire von *t.A.T.u.* Der internationale Chartbreaker »Not Gonna Get Us« (2001) lief in Russland in der russischen Version »Nas ne dogonjat« im Radio.

Beim ESC 2006 in Athen war Dima Bilan geschockt, als er von der finnischen Band »Lordi« auf Platz zwei verwiesen wurde. 2008 in Belgrad erreichte er sein Ziel und gewann den Wettbewerb. In Athen war Bilan, wie *t.A.T.u.* im Jahr 2003, in Jeans und einfachem weißem T-Shirt aufgetreten. Für die Sieger-Performance 2008 ging Russland aufs Ganze. Der Auftritt wurde von dem US-amerikanischen Produzenten Timothy Zachary Mosley alias »Timbaland« produziert. Der ukrainisch-ungarische Geiger Edvin Marton begleitete Bilan auf einer Stradivari. Dazu drehte der Olympiasieger im Eiskunstlauf Jewgenij Pljuschenko auf einer künstlichen Eisbahn Pirouetten um die Musiker.

Auch mit der Entscheidung auf Englisch zu singen – in Russland hatte man »Believe« vor dem Wettbewerb in der russischen Fassung als »Pust tebe pomoschet nebo« (»Möge Dir der Himmel helfen«) zu hören bekommen – wandte Bilan sich eindeutig an das internationale Publikum. Die Strategie seines Auftritts ähnelte der von Alou, die 2000 Zweite geworden war und in ihrer Performance auf westlich-europäische Modernität gesetzt hatte. Dima Bilan ging noch einen Schritt weiter, indem er mit Pljuschenkos Auftritt an ein weiteres Element internationaler Ausstrahlung anspielte, nämlich Russlands Erfolge bei großen Sportereignissen. Russland präsentierte sich als zugänglich, verständlich, international – europäisch. Und gewann. Putin und Medwedjew gratulierten Dima Bilan und dankten ihm dafür, dass er Russlands Image international befördert habe. Putin schrieb in einem Telegramm: »Dies ist nicht nur Dima Bilans persönlicher Erfolg, sondern ein weiterer Triumph für ganz Russland.«

Anastasija Prichodko: »Mamo« (2009)

Der russische Beitrag zum ESC in Moskau 2009 enthielt viel Subtext. Eine Sängerin aus »Russlands rebellischem Nachbarland«, wie der BBC-Journalist Paul Henley die Ukraine bezeichnete, war ausgewählt worden, um den Titel zu verteidigen. Anastasija Prichodko, in Kiew geboren, wollte ursprünglich für die Ukraine beim ESC antreten, doch im Semifinale des ukrainischen Vorentscheids wurde sie disqualifiziert, weil sie ein anderes als das angekündigte Auftrittslied vortrug. Als der russische Fernsehsender »Erster Kanal« sie aufforderte, am russischen Vorentscheid teilzunehmen, tat sie dies unter einer Bedingung: »Das russische Auswahlkomitee hat meiner Grundforderung zugestimmt, dass ich »Mamo« auf Ukrainisch und Russisch singen kann«. Damit löste Prichodko sowohl in Russland als auch in

der Ukraine negative Reaktionen aus und wurde hier als Hochstaplerin, dort als Verräterin beschimpft. Iosif Prigoschin, der Producer der englisch singenden Kandidatin Walerija, protestierte erbost: »Ein Lied, das auf Ukrainisch vorgetragen wird, kann nichts, aber auch gar nichts mit Russland zu tun haben.«

Die Ukraine vergab acht Punkte an Russland, später behauptete der ukrainische Jurypräsident, das Urteil der Jury sei bei der kombinierten Bewertung aus Juryurteil und nationalen Anruferzahlen nicht berücksichtigt worden; die Jury habe Russland keinen einzigen Punkt zugestanden. Eine russische Unterstützerin Prichodkos sagte über die Ukrainer: »Das sind doch sowieso alles Unsere, Slawen«. Anna Prichodkos »Mama/Mamo« kann als Versuch Russlands gesehen werden, die Kluft zur Ukraine zu überbrücken. Konstantin Meladse, der georgische Komponist von Prichodkos Lied, sagte, es zeige die wahre Nähe der russischen und ukrainischen Seelen zueinander. Doch in Russland wurde der Beitrag weitgehend als nationale Schande abgelehnt.

Buranowskije Babuschki: »Party For Everybody« (2012)

Nach Englisch, Russisch und Ukrainisch kam 2012 mit Udmurtisch eine weitere Sprache ins Spiel, worauf in Russland und vielen weiteren Ländern positiv reagiert wurde. Der Auftritt von Buranowskije Babuschki ist symptomatisch für den »ethnic turn« des ESC, der in etwa mit Ruslanas Sieg für die Ukraine mit »Wild Dance« 2004 begonnen hatte.

Die sechs »Babuschkki« trafen kaum einmal denselben Ton, waren aber hübsch anzusehen, wie sie in ihren (pseudo-)traditionellen Kostümen um einen Ofen herumtanzten und Plätzchen buken. Alina Subarewa, Journalistin des Online-Fernsehsenders »Georgian News«, bemerkte, die Buranowskije Babuschki »leisteten einen wirklich eindrucksvollen Beitrag zum russischen Image in der Welt. Diese unglamouröse Gruppe hat die verbreiteten Stereotype zerstört und gezeigt, dass es im modernen Russland mehr gibt als Petrodollars, mit denen ein westlicher Lebensstil erkaufte wird.« Und sie schwärmte weiter: »Bescheiden, ehrlich, weise und geerdete geben sie ein würdiges Bild Russlands ab. Sie stehen für Tolstoj's Traum vom echten Menschen, den man seiner Ansicht nach bei der Landbevölkerung finden kann.« Anscheinend auch in der udmurtisch-sprachigen.

Anastasija Prichodko hatte sich geweigert, sich ohne Vorbehalte zu Russland und der russischen Sprache zu bekennen, und wurde entsprechend abgestraft. Die Buranowskije Babuschki sind mit ihrem Lied in einer Sprache, die selbst in Russland kaum jemand versteht, ein Akt russischer Selbstorientalisierung. Ein Lied auf Udmurtisch konnte nun trotz seiner Fremdheit zu allem,

was ansonsten als russisch gilt, akzeptiert werden, weil es von einer Gruppe von Großmüttern aufgeführt wurde, die als Verkörperung der russischen »narodnost« (Völkertümlichkeit) gelten konnten. Das teils auf Ukrainisch gesungene Lied von Anastasija Prichodko wurde gerade wegen der Nähe des Ukrainischen zum Russischen abgelehnt, weil hier die Grenzen unscharf und beiderseitige Ansprüche hoch sind.

Sprachenpolitik ...

In der Russischen Föderation ist Russisch die allgemeingültige Amtssprache. Insgesamt gibt es in Russland etwa 100 Minderheitensprachen, darunter Ukrainisch und Udmurtisch.

Die Republik Udmurtien ist eine der 21 Republiken – die Krim nicht mitgerechnet – mit dem Recht, eine zusätzliche Minderheitensprache als Amtssprache zu führen. Bis zur Annexion der Krim wurde Ukrainisch als Sprache eines semi-autochthonen, also nicht vollständig indigenen Volkes ohne eigene Verwaltungseinheit in der Russischen Föderation geführt, es hatte vor der Annexion der Krim nicht den Status einer Amtssprache.

Die Bevölkerung Udmurtiens besteht zu etwa 30 Prozent aus Udmurten und zu 60 Prozent aus Russen. Udmurtisch ist Schulfach, aber nicht Unterrichtssprache. Udmurtisch zu lernen ist eher eine folkloristische Beschäftigung als eine politische Aussage.

Mit Ukrainisch verhält es sich vollkommen anders. Russland hat die ukrainischen Bemühungen zum Nation-Building der 1990er und 2000er Jahre genau beobachtet und reagiert sofort nervös, sobald es die Rechte von russischen Muttersprachlern in der Ukraine angetastet sieht. Das ukrainische Sprachgesetz von 2012 erklärte Russisch in 13 der 27 ukrainischen Verwaltungseinheiten zu einer regionalen offiziellen Sprache. Der Versuch des ukrainischen Parlaments am 23. Februar 2014, diesen Status abzuschaffen, sorgte für einen merklichen Bruch zwischen der russischsprachigen Bevölkerung und der provisorischen Regierung.

Über die Autorin

Die Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Dr. Yvonne Pörzgen ist seit 2008 als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Geschäftsführerin des BA Integrierte Europastudien an der Universität Bremen tätig. Nach ihrer Dissertation zur russischen und polnischen Drogenliteratur arbeitet sie an einem Habilitationsvorhaben zur Dimension des freien Willens in slawischen Literaturen. In einem internationalen Forschungsprojekt befasst sie sich aktuell mit der Erinnerung an die Leningrader Blockade in Museen und publizierten Tagebüchern. Zu ihren Veröffentlichungen zählen: Janusz Głowackis *Amerika. Destruktion eines Mythos*, in: Daniel Henseler, Renata Makarska (Hg.): *Polnische Literatur in Bewegung. Die Exilwelle der 1980er Jahre*. Bielefeld 2013, S. 289–298; *Anfänge und Geschichte von Deutsch als Fremdsprache in Russland*, in: Ulrich Ammon, Dirk Kemper (Hg.): *Die deutsche Sprache in Russland. Geschichte, Gegenwart, Zukunftsperspektiven*. München 2011, S. 95–105; *Entschlossen zur Unentschlossenheit. Meša Selimovičs Roman *Derviš i smrt* und der Diskurs um die Willensfreiheit*, in: Nina Frieß, Inna Ganschow, Irina Gradinari, Marion Rutz (Hg.): *Texturen – Identitäten – Theorien*. Potsdam 2011, S. 361–374; *Protest oder Pornographie? Der Skandal um Bajan Širjanovs Roman *Nizšij pilotaž**, in: Georg Gierzinger, Sylvia Hölzl, Christine Roner (Hg.): *Spielformen der*

Russland fällt es schwer, die Unabhängigkeit der Ukraine zu akzeptieren. Der ausschließliche Status der des Ukrainischen als Amtssprache der Ukraine von 1991 bis 2012 wurde als Affront gegenüber Russland verstanden. Udmurtisch stellt keine Bedrohung dar, weil die kleine Minderheit der Udmurten nicht nach nationaler Unabhängigkeit oder größerer politischer Repräsentation strebt. Ein Lied in udmurtischer Sprache ist ein Bekenntnis zu Russland als multiethnischem Land und ohne Risiko für die russische Hegemonie.

Zurück ins Zentrum

Die Frage, ob Russland vor allem ein asiatisches Land ist oder seine europäischen Aspekte stärken sollte, hat die russischen Debatten im 19. Jahrhundert dominiert. Vor diesem historisch-kulturellen Hintergrund kann Russlands Umgang mit dem ESC als postsowjetischer Europäisierungsversuch gesehen werden, als Versuch, europäische Normen zu erfüllen.

2013 schickte Russland beim ESC Dina Garipowa ins Rennen, die Siegerin von 2012 bei der russischen Ausgabe von »The Voice«. Dina hat tatarische Wurzeln, sie hat neben englischen, französischen und russischen auch tatarische Lieder im Repertoire. Beim ESC in Malmö sang sie aber »What If« auf Englisch und kehrte damit zur Strategie der europaweiten Verständlichkeit zurück: keine Experimente mit russisch-tatarischer multiethnischer und multireligiöser Identität. Russland ging mit seiner »russischen Adele« auf Nummer sicher. Die Tolmatschowa-Zwillinge und ihr internationales Team – die Schweden John Ballard und Ralph Charlie, der Malteser Gerard James Borg und der Grieche Dimitris Kontopoulos unterstützten den Produzent Filip Kirkorow – machten das 2014 genauso. Nach einem kurzen Ausflug an die Peripherie der nationalen Identität strebt Russland musikalisch wieder ins Zentrum. Und die zentrale Sprache des europäischen Popkosmos ist eben Englisch.

Macht. Interdisziplinäre Perspektiven auf Macht im Rahmen junger slawistischer Forschung. Innsbruck, S. 313–324; »To get high«. Topoi der slavischen Psychedelik [mit Tomáš Glánc], in: Welt der Slaven, 56.2011, Nr. 2, S. 217–220; Die Illusion der Wirklichkeit. Andrzej Stasiuks Grenzauslotungen, in: Welt der Slaven, 56.2011, Nr. 2, S. 297–308.

Lesetipps

- Raykoff, Ivan, Robert Deam Tobin (Hg.): A Song for Europe: Popular Music and Politics in the Eurovision Song Contest, Abingdon 2007.
- Fricker, Karen, Milija Gluhovic (Hg.): Performing the »New« Europe: Identities, Feelings, and Politics in the Eurovision Song Contest, Palgrave Macmillan: London 2013.

TABELLEN ZUM TEXT

Russlands Beiträge und Platzierungen bei den Eurovisions-Wettbewerben 1994–2014

Tabelle 2: Russlands Beiträge und Platzierungen bei den Eurovisions-Wettbewerben 1994–2014

Jahr	Platzierung	Interpret	Titel	Sprache
1994	9	Youddiph	Vyechniy strannik (Eternal wanderer)	Russisch
1995	17	Philip Kirkorov	Kolybelnaja dlja vulkana (Lullaby for a Volcano)	Russisch
1996	Nicht fürs Finale qualifiziert	Andrej Kossinskij	Ja eto ja (I am I)	Russisch
1997	15	Alla Pugacheva	Primadonna	Russisch
1998	Nicht zur Teilnahme zugelassen			
1999	Nicht zur Teilnahme zugelassen, weil der ESC 1998 nicht im russischen Fernsehen ausgestrahlt worden war; die Restriktionen bei der Sprache werden gestrichen			
2000	2	Alsou	Solo	Englisch
2001	12	Mumij Troll	Lady Alpine Blue	Englisch
2002	10	Prime Minister	Northern Girl	Englisch
2003	3	t.A.T.u	Ne ver', ne bojsya, ne prosi (Don't Trust, Don't Fear, Don't Ask)	Russisch
2004	Nicht fürs Finale qualifiziert	Julija Savitcheva	Believe me	Englisch
2005	15	Natalia Podolskaya	Nobody Hurt No One	Englisch
2006	2	Dima Bilan	Never Let You Go	Englisch
2007	3	Serebro	Song #1	Englisch
2008	1	Dima Bilan	Believe	Englisch
2009	11	Anastasiya Prikhodko	Mamo	Russisch / Ukrainisch
2010	11	Peter Nalitch and Friends	Lost and Forgotten	Englisch
2011	16	Aleksey Vorobyov	Get You	Englisch
2012	2	Buranovskiye Babushki	Party for Everybody	Udmurtisch, Englischer Refrain
2013	5	Dina Garipova	What If	Englisch
2014	7	Tolmachevy Twins	Shine	Englisch

Zusammengestellt von der Autorin

UMFRAGE

Nationale Identitätsstiftung in Russland

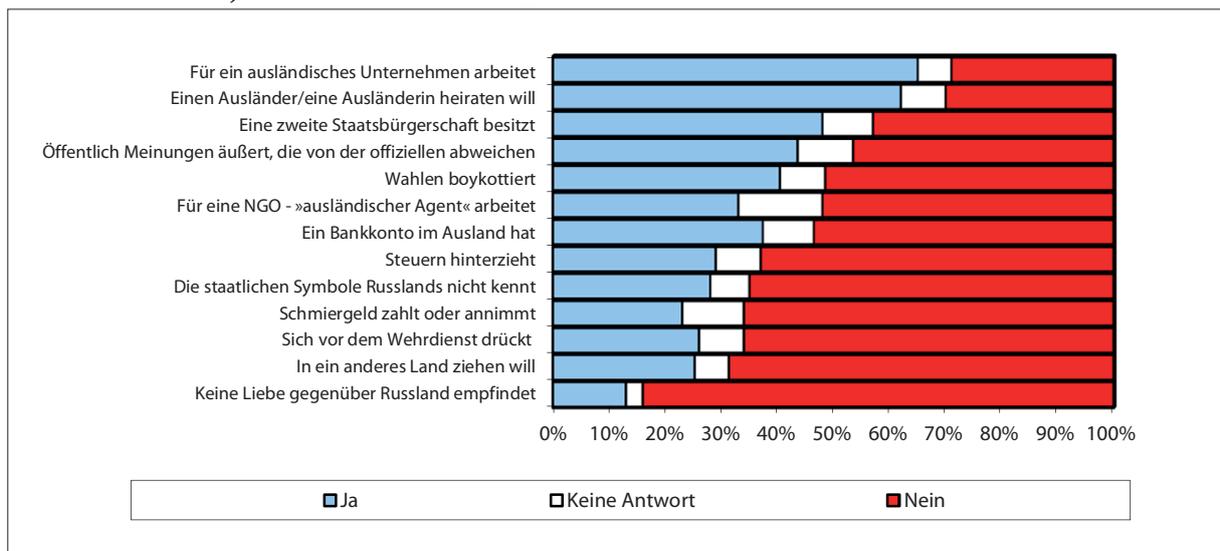
Was bedeutet es, ein Patriot zu sein?

Tabelle 4: Welche Gefühle entwickeln Sie gegenüber unserem Land?
(max. zwei Antwortmöglichkeiten)

c	Gesamt	18–24 Jahre	25–34 Jahre	35–44 Jahre	45–59 Jahre	60 Jahre und älter
Hoffnung	29 %	24 %	28 %	31 %	29 %	30 %
Achtung	27 %	31 %	28 %	25 %	27 %	27 %
Liebe	16 %	17 %	13 %	13 %	17 %	20 %
Misstrauen	14 %	13 %	15 %	17 %	14 %	12 %
Antipathie	11 %	13 %	13 %	13 %	10 %	9 %
Sympathie	9 %	9 %	11 %	11 %	9 %	7 %
Begeisterung	8 %	11 %	7 %	6 %	9 %	8 %
Vertrauen	8 %	7 %	7 %	9 %	8 %	11 %
Skepsis	8 %	8 %	9 %	10 %	7 %	7 %
Enttäuschung	7 %	7 %	8 %	5 %	9 %	7 %
Hass	6 %	6 %	8 %	6 %	5 %	8 %
Gleichgültigkeit	3 %	4 %	3 %	3 %	3 %	3 %
Verurteilung	1 %	2 %	0 %	1 %	0 %	1 %
Anderes	3 %	3 %	3 %	4 %	2 %	3 %
Keine Antwort	3 %	5 %	3 %	2 %	4 %	1 %

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 7.–8. Juni 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 11. Juni 2014 unter: <<http://wziom.ru/index.php?id=459&uid=114857>>

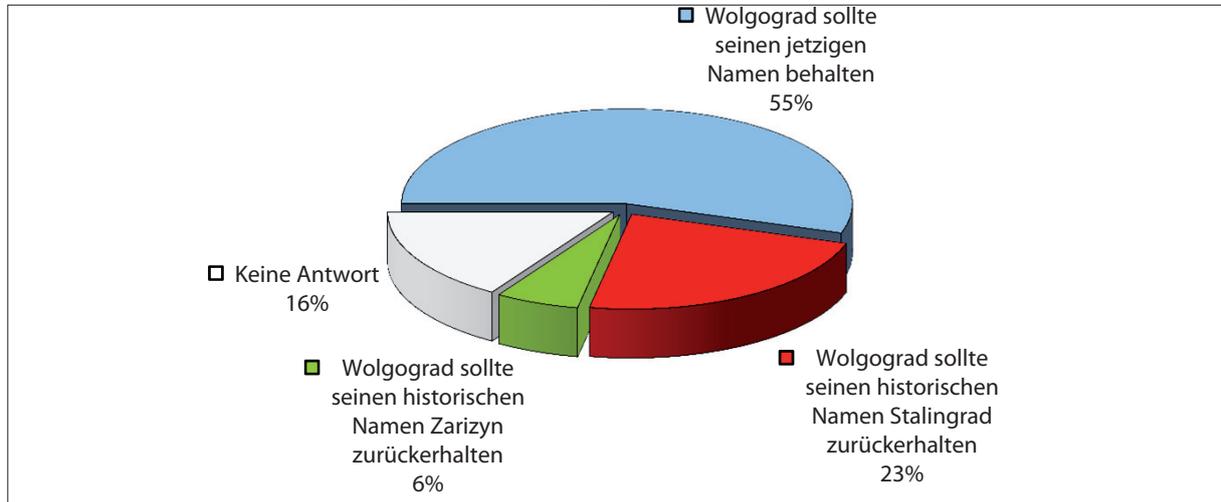
Grafik 12: Kann jemand ein Patriot sein, der ...



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 7.–8. Juni 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 11. Juni 2014 unter: <<http://wziom.ru/index.php?id=459&uid=114857>>

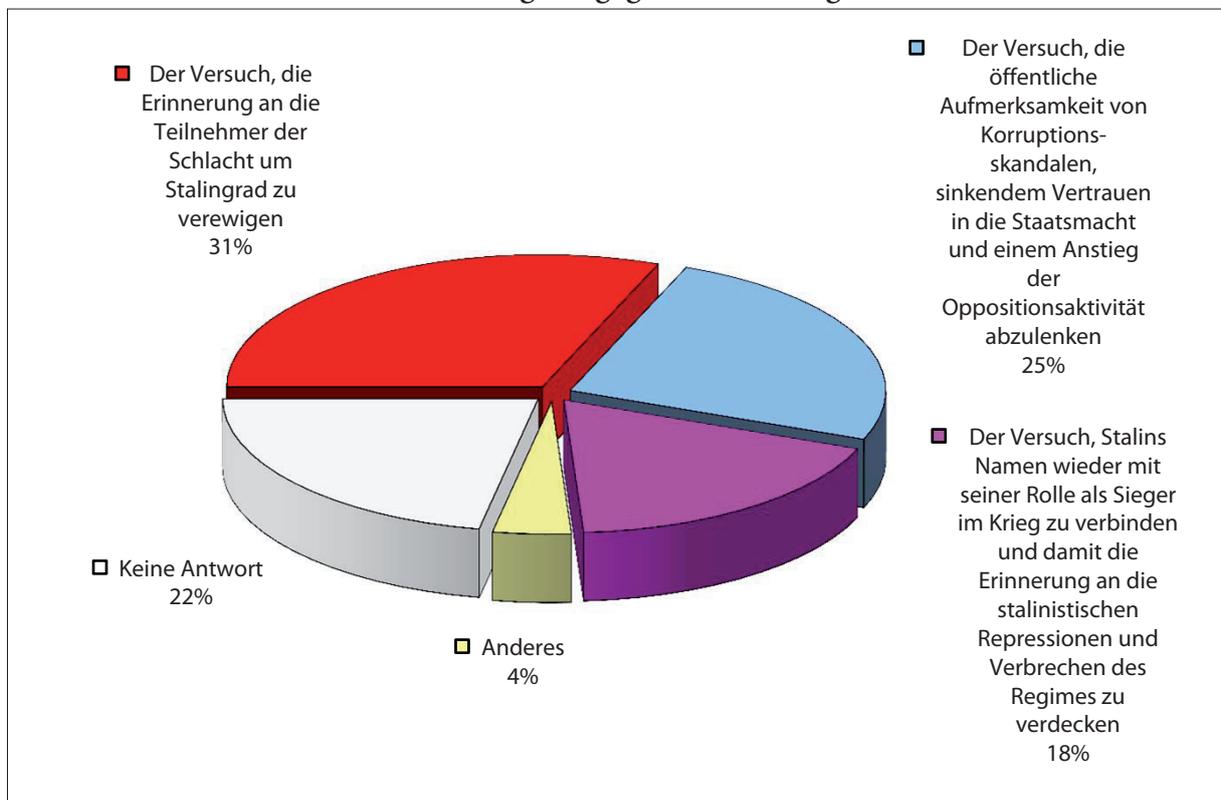
Die »Stalingrad-Frage«

Grafik 13: Mit welcher der folgenden Meinungen stimmen Sie überein?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11. Juni 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/09-06-2014/otnoshenie-rossiy-an-k-initsiative-pereimenovaniya-volgograda-v-stalingrad>>

Grafik 14: Was treibt Ihrer Meinung nach die lokalen und höheren Beamten an, die hinter der Initiative zur Rückbenennung Wolgograds in »Stalingrad« stehen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11. Juni 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/09-06-2014/otnoshenie-rossiy-an-k-initsiative-pereimenovaniya-volgograda-v-stalingrad>>

»Prajmeris«, Durchsuchungen und Hausarreste: In Moskau hat der Wahlkampf um die Stadtduma begonnen

Am 14. September 2014 finden in vielen russischen Regionen Kommunalwahlen statt. Von großer Bedeutung sind vor allem die Wahlen zur Moskauer Stadtduma. Derzeit hat die Putin-Partei »Einiges Russland« in Moskau die absolute Mehrheit. Nur drei Mandate werden von den Kommunisten besetzt. Somit stellen sie die einzige Oppositionspartei in der Stadtduma dar. Vor dem anstehenden Urnengang wurde die Wahlgesetzgebung wesentlich verändert. Im September wird es keine Parteilisten mehr geben: Alle Mandate werden nach dem Mehrheitsystem durch direkte Wahl der Abgeordneten in 45 Wahlkreisen vergeben. Kandidieren darf man nach Nominierung durch eine Partei. Parteilose oder unabhängige Kandidaten sowie Vertreter der nicht registrierten Parteien müssen zur endgültigen Registrierung in Abhängigkeit vom jeweiligen Wahlkreis rund tausend Unterschriften von wahlberechtigten Bürgern sammeln und diese der Wahlkommission vorlegen.

Der Kreml und der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin haben im Frühjahr 2014 über die »Bürgerinitiative Mein Moskau« sogenannte »Prajmeris« organisiert, um ihre Spitzenkandidaten für jeden Wahlkreis zu bestimmen und zu promoten. Die außersystemische Opposition hat sich im Rahmen der Koalition »Sa Moskwu« (»Für Moskau«) zur gemeinsamen Unterstützung bei der Sammlung von Unterschriften und der Durchführung des Wahlkampfes zusammengeschlossen. Zur Oppositionskoalition gehören Politiker, die 2011/2012 bei den Massenprotesten gegen die gefälschten Wahlen aktiv mitgewirkt hatten und mit dem Regime-Kritiker Alexej Nawalnyj eng zusammenarbeiten. Nawalnyj, der bei den Bürgermeisterwahlen 2013 in Moskau mit 27% auf Platz zwei landete, befindet sich seit Monaten unter Hausarrest und darf selbst nicht mehr kandidieren, da er im Oktober 2013 strafrechtlich verurteilt worden war.

Bei den Kandidaten der Oppositionskoalition Nikolaj Ljaskin und Konstantin Jankauskas sind am Morgen des 23. Mai Durchsuchungen durchgeführt worden. Auch sind bei den Eltern der Politiker sowie deren Kollegen Wladimir Aschurkow Mitarbeiter des Strafermittlungskomitees erschienen. Im Rahmen desselben Verfahrens wurde im Zusammenhang mit der Unterschlagung von Geldern während der Moskauer Bürgermeisterwahlkampfes von Alexej Nawalnyj das Büro von »Yandex. Many.« durchsucht.

Jankauskas und Ljaskin wurde Betrug während der Wahlkampagne von Alexej Nawalnyj vorgeworfen. Gegen Jankauskas ist Hausarrest verhängt worden. Wladimir Aschurkow, der dritte Figurant des Verfahrens, wurde zur Fahndung ausgeschrieben.

Russische Blogger diskutieren über den drastischen Beginn des Wahlkampfes in Moskau und die neue Bedeutung von Wahlen für die russische Politik.

Was ist mit den Wahlen passiert? Sie sind ertrunken

»Jetzt, mit der Veröffentlichung der Liste von »Jabloko« und den gegen die Oppositionskandidaten geführten Strafverfahren ist endgültig klar geworden, wie sich die Stadtverwaltung die Wahlen in das Stadtparlament vorstellt, und wie dieses arbeiten wird.

Nicht mal ein Jahr ist seit der Bürgermeisterwahl vergangen, die wir für fair und allgemein zu halten pflegen – nicht zuletzt deshalb, weil dort Nawalnyj als Kandidat zugelassen wurde und in Anbetracht des nicht einfachen Winters 2011 die Stimmen relativ korrekt gezählt wurden.

Danach hatte die Stadtverwaltung angekündigt, den Kurs Richtung Offenheit und Fairness bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma beizubehalten. [...]

Daran, dass die Kontrolle über die Abgeordnetenschaft bei der Stadtverwaltung verbleiben werde, hat auch damals niemand gezweifelt. Es wurde aber gehofft, sogar damit gerechnet, dass das Moskauer Parlament nunmehr aufhört, ein erbärmliches sowjetisches Forschungsinstitut in Sachen Moskau zu sein, in dem undefinierbare Leute in grauen Anzügen, geleitet von einem der Wissenschaft unbekanntem Ziel, sich in den verstaubten Korridoren verlieren. Es schien sogar, dass man auch in der Stadtverwaltung so denke.

Das war aber eine Illusion. Oder aber der Plan hat sich geändert. Wie dem auch sei, wird bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma das Match nach folgenden Regeln gespielt:

- Alexej Nawalnyj, nach den Ergebnissen bei den Bürgermeisterwahlen der Führer der Moskauer Opposition, sitzt unter Hausarrest;
- gegen die beiden Kandidaten Konstantin Jankauskas und Nikolaj Ljaskin sind lächerliche Strafverfahren eingeleitet worden;

- Michail Prochorow gibt es bei den Wahlen nicht. Formell wird die »Graschdanskaja Platforma« (»Bürgerliche Plattform«) ein Paar Sitze haben, aber das interessiert niemanden: In der Staatsduma gibt es auch eine Opposition, die stimmt aber geschlossen mit;
- dieselbe Geschichte gilt für die Kommunisten; die können sich jedoch nicht daran gewöhnen;
- »Jabloko« lässt aus seiner Liste alle bekannten Kandidaten streichen, einschließlich des Parteivorsitzenden Sergej Mitrochin. Dabei versucht die Partei nicht einmal das Gesicht zu wahren;
- Drei aus der ganzen Moskauer politischen Szene (Olga Romanowa, Maria Gajdar und Ilja Jaschin) versuchen noch, die Unterschriften zu sammeln, um es wenigstens auf den Stimmzettel zu schaffen.
- Die personelle Zusammensetzung der Moskauer Stadtduma ist der Leitung der Stadtverwaltung schon jetzt bekannt;
- die Leute werden nicht zur Wahl gehen;
- Es wird in der Duma keine Opposition geben, dafür aber Leonid Jarmolnik und Nadeschda Babkina.

Wodurch wird sich diese Stadtduma von den bisherigen unterscheiden? Durch nichts. Diese Abgeordneten der Direktwahlkreise werden keinen Deut mehr Legitimität haben, da sie automatisch Abgeordnete werden, und nicht als Resultat eines Konkurrenzkampfes.

Das wird kein Stadtparlament, sondern ein beschämendes Deko-Organ, ganz wie unter Luschkow. Und ganz wie unter Luschkow wird die Hälfte der Bürger nicht wissen, dass eine Stadtduma überhaupt existiert [...].«

Michail Fischman bei Echo Moskwy, 11. Juni 2014 <http://www.echo.msk.ru/blog/mikhail_fishman/1338542-echo/>

Bei den Wahlen ist heutzutage Agitation wichtiger als der eigentliche Sieg

»[...] Faire Wahlen lassen sich ohne Agitation nicht erreichen, und die Wahlen waren immer schon eine hervorragende Agitationsplattform zur Erhöhung der Anhängerzahl. Meiner Ansicht nach fürchtet die Regierung die Wahlen zur Stadtduma nicht deshalb, weil sich die Opposition gar etwa auf Stadtebene etablieren könnte, sondern schon deshalb, weil das bereits auf der Kiezebene geschehen könnte.

Die Regierung schreckt, dass einfache Bewohner einfacher Häuser schon auf die Straßen gehen, um sich den Maschinen der Abholzer und Bauherren in den Weg zu stellen. Denn Bewohner, die imstande sind, in ihren Kiez Barrikaden gegen Bagger zu errichten, werden auch imstande sein, im Zentrum der Hauptstadt Barrikaden gegen Panzer zu bauen.

Vergessen Sie nicht, dass die Wahl zur Moskauer Stadtduma im Herbst stattfindet. Es ist ein ruhiger Herbst, den sich der Kreml mit den Verhaftungen sichern will.«

Oleg Kozyrew bei Facebook, 11. Juni 2014 <<https://www.facebook.com/oleg.kozyrev.7/posts/10152442379189675>>

»Liebe Gennadij Sjuganow, Sergej Mitrochin und deren Anhänger,

Ihre Parteien, die KPRF und »Jabloko«, bereiten sich auf die Wahlen zur Moskauer Stadtduma vor.

Beide Parteien haben den Wunsch verkündet, nicht eine enggefasste Parteiliste, sondern eine Koalitionsliste aufzustellen. Beide Ihre Parteien haben die Möglichkeit, Kandidaten ohne Sammeln von Unterschriften zu registrieren, was an sich ein untersagendes Procedere darstellt. Andere Oppositionsparteien (z. B. der »Partei des Fortschritts«) haben eine solche Möglichkeit nicht (was ungerecht ist, aber auch sinnlos wäre jetzt zu diskutieren).

Ich würde Sie nicht darum bitten, wenn es nicht evident rechtswidrige Handlungen der Regierung gegeben hätte, durch die einigen Kandidaten mit Hilfe fabrizierter Strafverfahren der Weg zur Wahl versperrt wird.

Konstantin Jankauskas, einer der stärksten Kandidaten, ist nicht einmal in der Lage, Unterschriften zu sammeln, weil die Behörden durch Verhängung eines Hausarrestes verhindern, dass er den Antrag auf Registrierung einreicht, da dies persönlich erfolgen muss.

Unter solchen Umständen wäre es politisch richtig und den Moskauern gegenüber fair, Jankauskas in die Liste der KPRF oder von Jabloko aufzunehmen, was ihm erlauben würde, einen Wahlkampf zu führen und zu siegen, auch unter Hausarrest. [...]

Ich bin überzeugt, dass solche Schritte Ihrer Parteien von den Moskauern und den Aktivisten anderer Oppositionsparteien als richtig empfunden würden, was auf den Verlauf der Wahl, die Wahlbeteiligung und die Chancen anderer Kandidaten positive Auswirkungen hätte.

Hochachtungsvoll

Der Parteivorsitzende der »Partei des Fortschritts«

Alexej Nawalnyj«

Alexej Nawalnyj bei Navalny.com, 16. Juni 2014 <http://navalny.com/blog/2014/06/16/post_3627.html>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

Gopniki

Jens Siegert, Moskau

Es gibt in jeder Sprache, in jeder Gesellschaft Begriffe, die, gesagt oder geschrieben, den Hörern und Lesern sofort ganze Welten öffnen. Ohne jede weitere Erklärung versteht man sich. Umgekehrt sagen solche Schlüsselbegriffe auch viel über die Gesellschaften aus, in denen sie so bedeutungsvoll (voll im direkten Wortsinn) entstanden sind und benutzt werden. Denn nur was gesellschaftlich ausreichend wichtig ist, also für die jeweilige Gesellschaft bedeutende Unterschiede und Phänomene erklärt, wird auf eine so kurze, aber aussagereiche Weise verkürzt und doch verstanden. So ein Begriff ist im Russischen das Substantiv »Gopniki«, das Personen mit einem ganz bestimmten Verhaltensmuster beschreibt.

Natürlich ist dieser Begriff eigentlich unübersetzbar. Jedenfalls wenn man nach etwas Adäquatem in einem Wort oder einer kleinen Wortgruppe sucht. Zur ersten Annäherung versuche ich das trotzdem, mit einem deutschen Neologismus: »Prekariat«. Ein anderer, englischer, besser US-amerikanischer und vielen in Deutschland auch verständlicher Begriff wäre wohl »white trash«. Aber das sind, wie gesagt, nur Annäherungen. Der erste und vielleicht wichtigste Unterschied zur Situation in Russland dürfte sein, dass *Gopniki* kein Randgruppenphänomen, sind und dass Menschen, die sich wie *Gopniki* verhalten, bis in die höchsten Schichten der Gesellschaft zu finden sind, wenn sie auch am unteren Ende der Einkommens- und Sozialskala häufiger auftreten.

Das mag etwas mit der systematischen Zerstörung des Bürgerlichen in der Sowjetunion zu tun haben und auch mit der schnellen Stratifikation der russischen Gesellschaft nach deren Ende, so schnell, dass soziale Zugehörigkeit und soziales Verhalten in vielem noch nicht wieder wirklich zur Deckung gekommen sind. Manchmal und in den vergangenen Monaten nationaler Hysterie immer öfter neige ich zu der Annahme, dass *Gopniki* in Russland in der Mehrheit sind (da der Begriff nicht soziologisch oder sozioökonomisch abgegrenzt ist, ist das allerdings schwer zu quantifizieren).

Was macht nun einen Gopnik, so die Einzahl von *Gopniki*, aus? Ich habe mich in den Russlandanalysen schon vor einigen Jahren in einem Beitrag über »Politische Jugendorganisationen und Jugendbewegungen in Russland« an einer Beschreibung versucht: »*Gopniki* neigen zur offenen, zumindest aber latenten Ablehnung von Fremdem und Fremden. Oft pflegen sie anti-intellektuelle Vorurteile, die schnell in Intellektuellenfeindlichkeit umschlagen. Wichtig für *Gopniki* ist es dazu zu gehören und hinein zu passen. *Gopniki* sind per definitio-

nem apolitisch oder antipolitisch« (<<http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen083.pdf>>).

Die deutsche Wikipedia erklärt den Begriff so: »Der abfällige Begriff Gopnik ([...] Plural: *Gopniki*, Gopota) ist im russischen Jargon eine Bezeichnung für die Vertreter der kriminellen Jugend oder der Jugend mit kriminellem Verhalten, die oft keine Ausbildung hat und zu schwachen sozialen Schichten der Gesellschaft oder zum Prekariat gehört.« (<[http://de.wikipedia.org/wiki/Gopnik_\(Subkultur\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Gopnik_(Subkultur))>). Richtig daran ist vor allem die Herkunft aus dem kriminellen Milieu, das in Russland bis heute, ähnlich wie vom Spätmittelalter bis in die frühe Neuzeit auch in Zentraleuropa, eine Gesellschaft in der Gesellschaft bildet, mit eigener Sprache und eigenen sozialen Regeln und, wenn man so will, »Instituten«, die hart über ihre Einhaltung wachen.

Die genaue Herkunft der Bezeichnung »Gopniki« ist letztlich ungeklärt, aber es wird vermutet, dass das russische Wort »gop«, Sprung oder Schlag Pate stand. Als »gop-stop« wird zudem im Verbrecherjargon ein Überfall auf der Straße bezeichnet (meist unbewaffnet, maximal mit einem Messer, niemals einer Schusswaffe). Dabei wird das Opfer physisch bedroht, vor allem aber eingeschüchert. Die Einschüchterung der Opfer ist ein wichtiges, vielleicht das entscheidende Element. Dabei geht es dem Täter nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie darum, Gegenwehr zu vermeiden und schneller zum Ziel zu kommen. Vielmehr versucht er damit seine Überlegenheit zu zeigen und das eigene, eher schwach ausgebildete Selbstwertgefühl zu steigern.

Gopniki drangsalieren ihre Opfer also und versuchen sie zu erniedrigen, um sich selbst zu erhöhen. Oft geht es nicht (nur) um mögliche Beute, sondern (viel mehr) darum, Streit zu suchen, Anderen oder anders Aussehenden Angst zu machen und sich an der Angst zu weiden. Opfer können z. B. Angehörige von Subkulturen sein, vorzugsweise solcher, die nicht in die mehrheitsgesellschaftlichen, obrigkeitsstaatlichen und patriarchalischen Schemata von dem passen, wie sich ein »reicher Mann« oder eine »wirkliche Frau« zu verhalten habe. Die in der russischen Gesellschaft weit verbreitete Homosexuellenfeindlichkeit spielt auch unter *Gopniki* eine herausragende Rolle. »Pedik« (das Diminutiv von »Päderast«, umgangssprachlich-pejorativ für »Homosexueller«) ist so ziemlich das vernichtendste Urteil, das ein Gopnik aussprechen kann. Interessanterweise gibt es keine weibliche Form des Begriffs. Frauen gehören zwar auch dazu, sind aber Beiwerk, nicht wirklich vollwertig in dieser noch nicht einmal kleinbürgerlichen Welt.

Was haben *Gopniki* nun aber mit der Politik im heutigen Russland, dem Konflikt um die und in der Ukraine und der immer stärkeren Ablehnung alles »Westlichen« zu tun? Zweierlei. Zum einen stützt sich Wladimir Putin in seiner Politik immer stärker auf eben dieses Reservoir an Urteilen und Vorurteilen, auf das Ressentiment weiter Bevölkerungsteile, das sich zu großen Teilen aus Minderwertigkeitsgefühlen speist und in Aggression nach außen und gegen »Andere« Bahn bricht. Gemessen am Resultat, der fast schon unerreichbar hohen Zustimmung für Putin, ist dieser Appell an niedere Instinkte, die offenbar nicht nur bei den *Gopniki* immer noch tief sitzen, überaus erfolgreich.

Zum anderen verhalten sich russische Politiker, also der Kreml (gegenüber der Ukraine, gegenüber dem Westen, gegenüber der Opposition im eigenen Land) als Gesamtsubjekt, ziemlich genau so wie *Gopniki* bei einem »gop-stop«, einem Überfall, ihren Opfern gegenüber: herausfordernd, hochfahrend, zynisch, unanständig grob. Gut bürgerlich könnte man das als respektlos und ohne Manieren zusammenfassen. Noch einmal: Mindestens ebenso wie um den Anlass (die Beute, was ja im Falle der Krim nicht nur im übertragenen Sinn stimmt), geht es dabei darum, als gefühlter Underdog zu zeigen, dass man doch gefälligst ernst genommen werden möchte. Das gleichzeitige Wissen darum, dass man den Maßstäben »zivilisierten« (ein weiteres wichtiges Wort in diesem Zusammenhang!) Verhaltens aber eben gerade nicht genügt, führt zu einer tiefen Kränkung, einer Schande, die, metaphorisch (manchmal aber auch ganz konkret) gesprochen, »nur mit Blut« abgewaschen werden kann.

Das entspricht alles der Haltung von jugendlichen Hooligans, die Streit mit einem zufällig Vorbeikommenden suchen, nicht nur um des Streits oder möglicher Beute willen, sondern wegen des erwarteten oder erhofften Gefühls danach, es diesen Lackaffen, diesen Weichlingen, diesen sich als etwas Besseres Fühlenden und Aufführenden endlich einmal gezeigt zu haben. Im Russischen gehört dazu unweigerlich die (eigentlich rhetorische) Frage: »Ty menja ne uwaschajesch?« (deutsch etwa, wenn auch nicht ganz genau: »Respektierst Du mich etwa nicht?«).

Die so angegangene Person kann darauf nur in einer Weise richtig reagieren: selbstbewusst, aber nicht heraus-

fordernd. Das ist nicht einfach. Niemand möchte in solch einer Situation, in der sich die Rowdies meist in der Überzahl befinden oder zumindest das Überraschungsmoment auf ihrer Seite haben (und es eben deshalb überhaupt erst wagen), verprügelt werden oder noch Schlimmeres erfahren. Doch wer sich vor einem Gopnik oder gar vor einer ganzen Gruppe klein macht, macht alles nur noch schlimmer. Wer keine Selbstachtung zeigt (und sei sie auch nur Pose), genießt in der Gopnik-Welt auch keine Achtung. Wer sich nicht wehrt wird erniedrigt.

So ähnlich ist es mit den aus westlicher Sicht oft unverantwortlichen oder unnötig provozierenden Äußerungen russischer Politiker vom Typ des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitrij Rogosin, der per Twitter Rumänien schon mal damit droht, »beim nächsten Mal« einen Atombomber vom Typ Tupolew Tu-160 zu schicken, weil seinem Flugzeug nach einem Besuch in dem von Moldawien abtrünnigen Transnistrien eine Überfluggenehmigung verweigert worden war (Rogosin steht auf den Sanktionslisten und darf weder in die EU noch in die USA einreisen). Von ähnlicher Qualität war auch die zur besten Fernsehzeit an einem Sonntagabend zwischen acht und neun vom Oberpropagandisten des Kreml Dmitrij Kisseljow ausgestoßene Drohung, Russland könne die USA »in radioaktive Asche« verwandeln.

Solche Äußerungen (vielleicht sollte man besser Ausfälligkeiten sagen) sind immer Test und Selbstvergewisserung zugleich. Sie testen, wie das jeweilige Gegenüber reagiert. Ängstlich? Zurückhaltend? Dann kann man nachlegen. Oder vielleicht standhaft? Dann ist es möglicherweise besser einen Gang zurück zu schalten. Das macht es so wichtig, auf russische Zumutungen zumindest mit einem festen »Halt, so nicht!« zu reagieren und nicht sofort nach Kompromissen zu suchen und gemeinsame Interessen zu betonen, wie viele in Deutschland das am liebsten machen. Hier in Russland macht man sich genau darüber lustig, über diese verweichlichten Deutschen, denen die Amerikaner das Kämpfen abgezüchtet hätten.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

CHRONIK

5. – 19. Juni 2014

05.– 06.06.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Frankreich an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des <i>D-Day</i> teil. Bei Treffen mit seinem französischen Amtskollegen François Hollande, dem britischen Premierminister David Cameron sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel steht die Situation in der Ukraine im Zentrum. Putin kommt zudem gemeinsam mit Hollande und Merkel kurz zu einem informellen Gespräch mit dem neuen ukrainischen Staatspräsidenten Petro Poroschenko zusammen. Dabei sprechen sich alle Seiten für eine Einstellung der Kämpfe im Südosten der Ukraine aus.
06.06.2014	Der Föderale Migrationsdienst führt auf Großbaustellen in Moskau und Twer Kontrollen durch. Auf der Baustelle von »Moskau-City« werden 180 »Illegale« festgenommen, in Twer weitere 176 Personen.
06.06.2014	Alexander Winokurow, Investor der kritischen Medienprojekte »Doshd« (TV Rain), »Bolschoj Gorod« und »Slon.ru« gibt bekannt, dass er die Aktiva aller drei Projekte zusammenfasst und einen Börsengang plant. Das Kapital der Aktionäre soll in ein Fernsehstudio für TV Doshd sowie ein neues Finanzierungsmodell investiert werden.
06.06.2014	Das Moskauer Stadtgericht verlängert den Hausarrest von Sergej Udaltow, dem Vorsitzenden der »Linken Front«, und die Untersuchungshaft von Leonid Raswosschajew bis zum 10. September. Den beiden wird die Vorbereitung von Massenunruhen am 6. Mai 2012 auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz vorgeworfen. Das Verfahren läuft seit Herbst 2012.
06.06.2014	Auf dem Moskauer Manegenplatz demonstrieren Aktivisten zur Unterstützung der Angeklagten im »Bolotnaja-Fall«, fünf Personen werden festgenommen.
07.06.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anordnung zur Gründung von zwei Militärschulen in Sewastopol (Krim). Präsident Wladimir Putin hatte die Einrichtung einer »Kadetten-Lehranstalt des Präsidenten« sowie einer »Nachimow-Marineschule der Schwarzmeerflotte«, die ursprünglich 1937 gegründet wurde, am 20. März angeregt.
07.06.2014	Präsident Wladimir Putin beauftragt den Inlandsgeheimdienst FSB, die Kontrollen an der Grenze zur Ukraine zu verstärken, um illegale Grenzübertritte zu unterbinden.
09.06.2014	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt alle Angeklagten im Mordfall Anna Politkowskaja. Lom-Ali Gajtukajew und Rustam Machmudow erhalten als Organisator bzw. als Auftragsmörder eine lebenslängliche Haftstrafe. Der ehemalige Polizist Sergej Chadshikurbakow wird zu 20 Jahren Straflager und die Brüder des Schützen Dshabrail und Ibragim Machmudow werden wegen Beihilfe zu 14 und 12 Jahren Haft verurteilt. Die Kinder Politkowskajas erhalten einen Schadenersatz von 5 Mio. Rubel (ca. 100.000 €) zugesprochen.
09.06.2014	Präsident Wladimir Putin schafft einen präsidialen Rat für russische Sprache. Vorsitzender wird Wladimir Tolschok, kulturpolitischer Berater des Präsidenten. Der Rat soll die Entwicklung, den Schutz und die Förderung der russischen Sprache im In- und Ausland begleiten.
09.06.2014	Die Moskauer Polizei nimmt bei Razzien zur »Dekriminalisierung von Baustellen« ca. 700 ausländische Bauarbeiter auf der Baustelle von »Moskau-City« fest.
09.06.2014	Russland übergibt den ukrainischen Streitkräften 44 Kriegsschiffe sowie fast alle Flugzeuge, die auf der Krim stationiert waren. Mehrere Fregatten, ein U-Boot und ein Teil der Wehrtechnik, die für Kampfhandlungen eingesetzt werden kann, werden von Russland zurückgehalten.
09.06.2014	Sergej Kirijenko, der Vorsitzende von »Rosatom«, unterzeichnet einen Vertrag zum Bau des ersten Atomkraftwerks in Bangladesch.
09.06.2014	Sicherheitskräfte töten vier Untergrundkämpfer auf der Föderalen Fernstraße »Kawkas« unweit von Baksan (Kabardino-Balkarien).
10.06.2014	Im Gebiet Kaliningrad beginnen Manöver des westlichen Militärbezirks, der Ostseeflotte, der Luftlandetruppen und der russischen Luftstreitkräfte. Die Übungen finden parallel zu den US-geführten NATO-Übungen »Saber Strike-2014« und »Baltops-2014« in den baltischen Staaten und dem Ostseeraum statt und umfassen ein gleich großes Truppenkontingent.
10.06.2014	Sergej Lawrow, russischer Außenminister, empfängt seine Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier (Deutschland) und Radosław Sikorski (Polen) in St. Petersburg zu Gesprächen zur Regulierung der Krise in der Ukraine.
10.06.2014	Mehr als 100.000 Personen stimmen auf der offiziellen Petitionsseite <www.onlinepetition.ru> dafür, die psychische Gesundheit von Jelena Misulina, einer Dumaabgeordneten von »Einiges Russland«, untersuchen zu lassen.
10.06.2014	Die russische Staatsduma entzieht dem Dumaabgeordneten Alexej Mitrofanow (Rechtes Russland) die Immunität. Gegen Mitrofanow wird wegen eines Erpressungsversuchs ermittelt.

11.06.2014	Das russische Bildungsministerium veröffentlicht eine Liste von ca. 1.000 Hochschulen, denen empfohlen wird, ihre Effektivität zu erhöhen.
11.06.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verhängt gegen Konstantin Jankauskas, einen Abgeordneter aus dem Moskauer Stadtteil Sjusino, Hausarrest. Gegen Jankauskas und weitere Mitarbeiter des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj wird wegen Veruntreuung von Spendengeldern für den Wahlkampf Nawalnyjs bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen im Herbst 2013 ermittelt.
11.06.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt bei einem Treffen mit dem OSZE-Vorsitzenden Lamberto Zannier in Moskau, Russland würde Hilfsgüter in die Ostukraine liefern. Da Kiew Hilfsgüter aus Moskau abgelehnt habe, würden diese über die Separatisten an die Bevölkerung in den umkämpften Gebieten ausgeliefert werden.
12.06.2014	Im Solskij-Rayon (Kabardino-Balkarien) werden bei einer Anti-Terror Operation der Sicherheitskräfte drei Untergrundkämpfer getötet.
12.06.2014	Maksim Liksutow, der Stellvertretende Bürgermeister Moskaus, verklagt den Oppositions-aktivisten Alexej Nawalnyj wegen der Verletzung seiner Würde und seines geschäftlichen Rufes. Auf Nawalnyjs Blog war berichtet worden, Liksutow besitze Aktien in Zypern.
12.06.2014	Präsident Wladimir Putin telefoniert mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko. Poroschenko informiert Putin über seine Pläne zur Regulierung der Situation in der Ostukraine und gratuliert zum »Tag Russlands«.
13.06.2014	Präsident Putin weist das russische Außenministerium an, auf die Verletzung der russischen Staatsgrenze durch zwei Schützenpanzer im Gebiet Luhansk zu reagieren. Das Außenministerium fordert die ukrainische Regierung auf, ihre Provokationen an der ukrainisch-russischen Grenze einzustellen.
14.06.2014	Vor der russischen Botschaft in Kiew kommt es zu Ausschreitungen. Auslöser ist der Abschuss eines ukrainischen Transportflugzeugs bei der Landung auf dem Flughafen von Luhansk durch ostukrainische Aufständische. 49 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte werden getötet. Das russische Außenministerium fordert von der Ukraine, die Sicherheit seiner Diplomaten in Kiew zu gewährleisten.
14.06.2014	Der Vorsitzende der Föderalen Migrationsbehörde, Konstantin Romodanowskij berichtet, dass die Zahl der Einreisen aus GUS-Staaten innerhalb eines Jahres um 20% gesunken sei. Dies sei auf die Verschärfung der Migrationsgesetzgebung im vergangenen Jahr zurück zu führen.
15.06.2014	Im Gebiet Kirow wird die Chefredakteurin der Regionalzeitung »Rodnoj Kraj« (<www.gazetark.ru>) im Rayon Tusha erschossen aufgefunden.
15.06.2014	Bei einer Gasexplosion in einer Raffinerie bei Atschinsk (Region Krasnojarsk) kommen acht Arbeiter ums Leben. Sieben weitere werden verletzt.
16.06.2014	Der russische Gasmonopolist »Gazprom« stellt die Gaslieferungen in die Ukraine vorläufig ein und stellt den Gasbezug für die Ukraine auf Vorkasse um, nachdem Verhandlungen über eine Regelung der ukrainischen Gasschulden gescheitert waren. Ministerpräsident Dmitrij Medwedew kommentiert, die Ukraine hätte die Gaskrise künstlich geschaffen. Russland sei erst wieder zu Dialog bereit, wenn die Ukraine ihre Schulden bezahlt habe.
17.06.2014	Dmitrij Rogosin, Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für den Rüstungssektor, teilt mit, dass das Ministerium für Industrie und Handel einen Plan zur vollständigen Importkompensation von Rüstungsgütern aus der Ukraine verabschiedet habe.
17.06.2014	»Gerechtes Russland« nominiert Oksana Dmitriewa in St. Petersburg als Kandidatin für die Gouverneurswahlen der Stadt im September. Präsident Putin hatte am 5. Juni den Rücktritt des amtierenden Gouverneurs Georgij Poltawtschenko angenommen, der bei vorgezogenen Neuwahlen wieder antreten will .
17.06.2014	Denis Puschilin, der Vorsitzende des Obersten Rates der »Volksrepublik Donezk«, trifft in Moskau mit Wladislaw Surkow, einem Assistenten des Präsidenten, sowie Sergej Glasjew, Berater des Präsident, zusammen. Puschilin zufolge behandelten die Gespräche die sozial-ökonomische Entwicklung und den Aufbau ziviler Institutionen in der international nicht anerkannten ostukrainischen Republik.
17.06.2014	Igor Korneljuk, ein Journalist des »Allrussischen staatlichen Fernseh- und Radiounternehmens« (WGTRK), und sein Tontechniker Anton Woloschin kommen durch Beschuss von Seiten ukrainischer Streitkräfte bei Luhansk ums Leben.
17.06.2014	Im Gebiet Poltawa (Ukraine) kommt es zu einer Explosion der Gaspipeline »Urengoj – Pomara – Ushgorod«. Dabei gehen bis zu 10 Mio. Kubikmeter Gas verloren. Das ukrainische Innenministerium geht von einem gezielten Anschlag aus.

18.06.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee eröffnet ein Verfahren gegen den ukrainischen Innenminister Arsen Awakow und den Gouverneur im Gebiet Dnepropetrowsk Igor Kolomojskij. Anklagepunkte sind die Organisation von Morden, der Einsatz rechtswidriger Mittel und Methoden der Kriegsführung, die Verschleppung von Menschen sowie die Behinderung der rechtmäßigen Tätigkeit von Journalisten.
18.06.2014	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko verkündet eine einseitige Waffenruhe in der Ostukraine. Gianni Magazzeni, Vorsitzende des UN Menschenrechtsbüros für Amerika, Europa und Zentralasien, gibt bekannt, dass seit Beginn der Spezialoperation der ukrainischen Sicherheitskräfte in den Gebieten Donezk und Luhansk 356 Personen getötet wurden.
18.06.2014	Das Justizministerium registriert die Moskauer Abteilung von Alexej Nawalnyjs Partei »Partei des Fortschritts«. Dmitrij Krajnew, Jurist der Partei, erklärt dazu, dass die Registrierung speziell verzögert wurde, so dass die Partei nun nicht zu den Wahlen zur Moskauer Stadtduma antreten kann.
19.06.2014	Das Außenministerium Australiens gibt bekannt, dass die Sanktionen gegen 50 Personen und 11 Firmen aus Russland und der Ukraine, die wegen der Annexion der Krim verhängt wurden, in Kraft treten. Betroffen sind u. a. Walentina Matwijkenko, Wladislaw Surkow, die Gebrüder Rotenberg und Wladimir Jakunin. Das russische Außenministerium nennt den Schritt »völlig unproduktiv«.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>